



Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik (DIE)
**German Development
Institute**

Jahresbericht 2009 – 2010

Jahresbericht 2009–2010

*Brücken bauen zwischen
Theorie und Praxis*

Inhalt

Vorwort

- 6 **Dirk Messner und Imme Scholz**

Grüßworte

- 8 **Dirk Niebel**
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- 10 **Angelica Schwall-Düren**
Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien
des Landes Nordrhein-Westfalen

Forschung und Beratung

- 14 Neue Steuerungsmodelle für die Marktwirtschaft
- 18 Globale Partnerschaften für eine kohlenstoffarme Entwicklung
- 22 Auswirkungen und Lösungsansätze der Finanzkrise auf Entwicklungs- und Schwellenländer
- 28 Afrika – neue wirtschaftliche Perspektiven jenseits der Hilfe
- 32 Europäische Entwicklungspolitik an der Wegscheide
- 38 *Aid Effectiveness*: Wie ist es um die internationale Reformagenda bestellt?
- 42 Fragile Staatlichkeit in Nachkriegsgesellschaften
- 46 Globale Normen für nachhaltigen Staudammbau – und kein Ende der Debatte

Ausbildung

- 52 Das DIE-Postgraduierten-Programm: Optimale Vorbereitung für ein spannendes Berufsfeld
- 54 Welt im Wandel: Die *Global Governance School* legt Grundlagen für Dialog und Kooperation
- 56 Ausbildung zur Kauffrau / zum Kaufmann für Bürokommunikation

Nichtwissenschaftlicher Bereich

- 60 Mehr als nur Verwaltung
- 64 Die Köpfe des DIE

Publikationen

- 68 Analysen und Stellungnahmen
- 69 Briefing Paper
- 71 Discussion Paper
- 74 Studies
- 75 Sonstige Buchveröffentlichungen und Sonderhefte

Impressum

(im Umschlag)

Gesellschaft
Männergesellschaft
Kommunikation
Konformität
Geschlossenheit
Ausgrenzung
Binnensicht

Das Kunstwerk „Plaza“ des spanischen Künstlers Juan Muñoz in der Ausstellung „Startkapital“ im Kunstmuseum im Düsseldorfer Ständehaus (2002).





Das erste Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts begann mit dem 11. September 2001 und endete mit der Klimakonferenz in Kopenhagen 2009 sowie dem Millenniumsgipfel in New York 2010. Die globalen Zukunftsfragen prägen das 21. Jahrhundert. Nur wenn internationale Kooperation gelingt, können die vielen Chancen der Globalisierung genutzt werden – sonst werden sich zunehmend Krisenphänomene über globale Interdependenzketten weltweit multiplizieren.

In der vergangenen Dekade hat sich die Auflösung der altbekannten Nord-Süd-Muster in der Weltpolitik beschleunigt. Große Teile der „Entwicklungsländerwelt“ wachsen, investieren in Infrastruktur, Bildung, Gesundheit, Institutionen. „Entwicklungshilfe“ (*Official Development Assistance*) – wie die Entwicklungszusammenarbeit noch immer genannt wird – wird für viele Länder immer unattraktiver. Schon der Begriff erinnert an post-koloniale Schatten der Vergangenheit und Abhängigkeit von den Finanz- und Wissenspolen der „reichen Länder“. Derweil liegen die größten Devisenreserven der Welt in China und Universitäten in Schwellenländern gewinnen rasch an Attraktivität.



Die Entwicklungskooperation muss sich endgültig von ihrem „Hilfe-Image“ befreien, um ihre Attraktivität gegenüber den sich modernisierenden Entwicklungsländern zu stärken. Gemeinsame Interessen und Kooperation auf Augenhöhe müssen ins Zentrum gerückt werden – auch in Afrika. Damit dies gelingt, müssen privatwirtschaftliche und technologisch-wissenschaftliche Kooperation, Eigenverantwortlichkeit, unabhängige Erfolgskontrolle der Zusammenarbeit, Konzentration auf neue Formen der Ungleichheit in Entwicklungsländern und gemeinsame Initiativen zur Gestaltung internationaler Rahmenbedingungen weit stärker gewichtet werden als in der Vergangenheit. In dem Paris- und Accra-Prozess zur Wirksamkeit der Entwicklungskooperation sind diese Neuorientierungen im Prinzip angelegt. Doch veraltete Sprach-, Denk- und Handlungsmuster, die nicht mehr zu den neuen Realitäten passen, prägen noch immer Teile der „Entwicklungsindustrie“.

Gut 30 Länder sind derzeit weit davon entfernt, die Millenniumsziele bis 2015 zu erreichen. Die meisten dieser Länder sind Konflikt- oder Post-Konfliktgesellschaften und schwache oder scheiternde Staaten.

links:

Dirk Messner

Direktor

rechts:

Imme Scholz

stellv. Direktorin

Unsicherheit, schlechte Regierungsführung und „harte Armut“ wachsen immer stärker zusammen. Viele dieser Gesellschaften verfügen zugleich über reiche Ressourcenvorkommen, die Konflikte, Korruption und Staatenzerfall begünstigen. Die bisherigen Ansätze zur Stabilisierung dieser Ländergruppe waren wenig erfolgreich. Wie Sicherheits-, Entwicklungs- und Ressourcenpolitik in jedem Einzelfall zusammenwirken müssen, um Staatenzerfall zu stoppen, Entwicklungschancen zu eröffnen und damit internationale Stabilität voranzubringen, gehört zu den großen Zukunftsfragen.

Während viele Entwicklungsländer ökonomische und soziale Fortschritte machen, weisen die Ergebnisse der Natur- und Klimawissenschaften immer deutlicher auf die Grenzen des Erdsystems hin. Dass die westlichen Konsum- und Produktionsmuster nicht universalisierbar sind, war in den Debatten rund um den Rio-Erdgipfel von 1992 bereits deutlich geworden. Nun wird klar: Ressourceneffizienz, Kreislaufwirtschaft, klimaverträgliches Wachstum werden zu entscheidenden Herausforderungen für die Weltmarktwirtschaft des 21. Jahrhunderts. Ernährungssicherung,

Energieproduktion, industrielles Wachstum und Urbanisierung müssen in den enger werdenden Grenzen des Erdsystems organisiert werden und sich von der Zufuhr fossiler Primärenergieträger abkoppeln. Ohne internationale Kooperationsschübe und veränderte Anreizsysteme zur Steigerung der Ressourceneffizienz wird dies nicht gelingen.

Am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) werden Beiträge zur Lösung der globalen Zukunftsfragen erarbeitet. Das Institut hat in den vergangenen Jahren seine weltweiten Forschungs- und Beratungsnetzwerke ausgebaut und strategische Partnerschaften geschlossen. Im Rahmen der 2010 gegründeten „European Think-Tanks Group“ gelingt es, europäisches Wissen für europäische Entwicklungspolitik zu bündeln. Im „Global Governance Research Network“ kooperiert das DIE mit Partnern, um die Diskussionen in der G-20 zu globalen Entwicklungsfragen zu begleiten. Das Institut wird auf diesem Weg von seinen Gesellschaftern (der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Nordrhein-Westfalen) und dem Kuratorium tatkräftig unterstützt. Dafür gilt es an dieser Stelle Dank zu sagen.



Bundesminister Dirk Niebel

Bundesminister für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung

Die deutsche Entwicklungspolitik verbindet Interessen und Werte, Freiheit und Verantwortung. Sie stellt den Menschen, seine Potentiale und Bedürfnisse in den Mittelpunkt. Entwicklungspolitik ist nur dann erfolgreich, wenn sich die Lebensbedingungen der Menschen in unseren Partnerländern wirklich verbessern. Wirksamkeit und Sichtbarkeit unserer Arbeit sind deshalb der Dreh- und Angelpunkt.

Um die Wirksamkeit und Sichtbarkeit zu erhöhen, haben wir die Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft intensiviert. Denn Veränderungen müssen immer aus der Mitte der Gesellschaft heraus entstehen. Wir haben durch die Reform der Technischen Zusammenarbeit unser entwicklungspolitisches Profil geschärft und einen wichtigen Schritt getan, um die deutsche Entwicklungszusammenarbeit zu einem „Exportschlager“ zu machen. Wir setzen uns ein für die Kohärenz zwischen Außen-, Entwicklungs- und Außenwirtschaftspolitik und eine bessere Arbeitsteilung der Geber im Sinne der Erklärungen von Accra und Paris. Und wir stärken die Öffentlichkeitsarbeit, um die Wahrnehmung unserer Entwicklungszusammenarbeit zu verbessern.

Diese konzentriert sich auf die Sektoren Bildung, Gesundheit, ländliche Entwicklung, gute Regierungsführung und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Leitprinzip ist dabei der Schutz der Menschenrechte.

Das 1964 auf Initiative von Walter Scheel gegründete Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) ist uns bei der Umsetzung dieser Schwerpunkte ein verlässlicher und kompetenter Partner. Wir sind stolz darauf, in Deutschland ein so renommiertes Institut zu haben, das zu den zehn einflussreichsten entwicklungspolitischen Think Tanks weltweit zählt. Der vorliegende Jahresbericht spiegelt die Vielfalt der Forschungs- und Beratungsthemen des DIE eindrucksvoll wider. Die Fähigkeit des DIE, auf aktuelle entwicklungspolitische Herausforderungen zu reagieren und zukunftsweisende Themen zu erspüren, ist für die politische Arbeit besonders wertvoll. Durch das Zusammenspiel der drei Geschäftsfelder – Forschung, Beratung und Ausbildung – ist das DIE gut aufgestellt, uns auch in Zeiten politischer Neuausrichtung entsprechend zu beraten.

Wer neue Wege gehen will, der braucht Dynamik. Das DIE steht für eine solche Dynamik. Der beacht-

liche Aufwuchs an wissenschaftlichem Personal in den letzten Jahren und die konsequente internationale Ausrichtung des Instituts sind Ausdruck davon. Die internationale Vernetzung ist besonders wichtig, denn entwicklungspolitische Herausforderungen sind heute immer auch *globale Zukunftsfragen*. Eine solche globale Zukunftsfrage ist beispielsweise der Klimawandel, von dem Entwicklungsländer in hohem Maße betroffen sind. Anpassung an die Folgen des Klimawandels ist somit ein zentrales Thema der Entwicklungszusammenarbeit – eines, bei dem wir bereits seit Jahren auf die fachkundige Beratung durch das DIE zählen können. Gerade Schwellenländer sind interessiert an deutscher Beratung für klimafreundliches Wirtschaftswachstum und die Verbreitung neuer Techniken zur Emissionsminderung.

Um unsere entwicklungspolitische Arbeit noch wirksamer zu machen, setzen wir auch verstärkt auf Evaluierung und Wirkungsmessung. In diesem Bereich hat uns das DIE besonders unterstützt und mit seinen wegberreitenden Forschungsarbeiten die Wirksamkeitsdebatte in Deutschland befördert.

Ich freue mich, dass es dem Institut gemeinsam mit uns gelungen ist, die Evaluierungskonferenz am 29./30. März 2010 in Bonn – das *NONIE-Meeting des Network of Networks for Impact Evaluation* – zu einer sehr gut besuchten Veranstaltung zu machen, bei der Evaluierungsabteilungen schwerpunktmäßig zu Governance-Vorhaben voneinander gelernt haben und deutsche Arbeiten im internationalen Feld sichtbar wurden.

Die Ausbildung von Nachwuchskräften für die deutsche und internationale Entwicklungspolitik ist ein weiteres Verdienst des DIE. Zusätzlich zu dem Postgraduierten-Programm ist es vor allem die *Global Governance School*, die die Internationalität und Innovationskraft des DIE verdeutlicht.

„Brücken bauen zwischen Theorie und Praxis“, das hat sich das DIE auf die Fahnen geschrieben. Eine solche Brücke zwischen Theorie und Praxis, zwischen Entwicklungspolitik und Öffentlichkeit kann auch dieser Jahresbericht sein. Ich wünsche mir, dass er möglichst viele Leser findet und das Bewusstsein für globale entwicklungspolitische Herausforderungen stärkt.



Angelica Schwall-Düren

Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen

Als die Vereinten Nationen im September 2010 in New York Bilanz über die Zielerfüllung der Millenniums-entwicklungsziele in den zurückliegenden zehn Jahren gezogen haben, wurde deutlich, dass voraussichtlich nur wenige der Ziele bis 2015 vollständig erreicht werden können. Diese Bilanz kann nicht zufrieden stellen und deshalb begrüße ich es, dass sich das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) weiter mit den Herausforderungen für die internationale Staatengemeinschaft auf dem Weg bis 2015 und darüber hinaus beschäftigt. Das Ziel bleibt: Unsere Welt muss gerechter, friedlicher, ökologischer und wirtschaftlich zukunftsfähiger werden.

Auch die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat sich dazu bekannt, einen Beitrag zu den Millenniumszielen der Vereinten Nationen zu leisten, um Hunger, Armut und Not in der Welt zu bekämpfen.

Wir freuen uns darüber, dass das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik seinen Platz seit nunmehr 10 Jahren in der Stadt Bonn hat, deren Weiterentwicklung und Ausbau als Standort für internationale Zusammenarbeit wir weiter fördern werden. Als einzige deutsche Stadt mit einem Sitz der Vereinten Nationen hat sich Bonn zu einem zukunftsorientierten Wirtschafts- und

Wissenschaftsstandort entwickelt. Es ist unser Ziel, diese internationalen Einrichtungen stärker mit der Landespolitik zu verknüpfen.

Mit unserem entwicklungspolitischen Engagement wollen wir Mitverantwortung für eine nachhaltige globale Entwicklung wahrnehmen und angesichts der zunehmenden globalen Verflechtungen und der großen Wachstumspotenziale vieler Entwicklungsländer auch unsere eigene Zukunftsfähigkeit sichern. Dabei wollen wir unseren entwicklungspolitischen Beitrag nicht als Konkurrenz, sondern komplementär zur nationalen Ebene leisten.

Die Ministerpräsidenten der Länder haben es in ihrem Beschluss von 2008 so formuliert: „Mit ihrem vielfältigen entwicklungspolitischen Engagement nehmen die Länder nicht nur Mitverantwortung für eine nachhaltige globale Entwicklung wahr, sondern sichern auch ihre eigene gesellschaftliche und wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit“.

Mit der Bonner Konferenz für Entwicklungspolitik, die 2009 zum zweiten Mal stattfand, ist es der Landesregierung in kurzer Zeit gelungen, ein in Deutschland einmaliges Konferenzformat zu schaffen, das auch

internationale Ausstrahlung hat. Die Konferenz findet im zweijährigen Rhythmus statt und greift aktuelle entwicklungspolitische Themen auf. Dabei spielt Subsahara-Afrika als Schwerpunktkontinent der NRW-Entwicklungszusammenarbeit mit der neuen Kooperation mit Ghana eine wichtige Rolle. Bei der Durchführung der Konferenz und bei anderen entwicklungspolitischen Maßnahmen des Landes ist das DIE ein bewährter und kompetenter Partner.

Die Tätigkeitsfelder des DIE „Forschung, Beratung und Ausbildung“ und deren Verknüpfungen stärken fortlaufend die Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Globale Zukunftsfragen wie Armutsbekämpfung, gerechter Welthandel, Anpassung an den Klimawandel, Entwicklungsfinanzierung, Gute Regierungsführung werden systematisch bearbeitet und die Ergebnisse werden einer breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Die Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit über Formate wie „Die aktuelle Kolumne“ und „Analysen und Stellungnahmen“ ist ein richtiger Weg, um auch junge Menschen und Studierende mehr für das Thema einer gerechten und sozialen Weltordnung zu interessieren.

Über die „Global Governance School“ baut das DIE wichtige Netzwerke und Verbindungen zu Schwellenländern wie Brasilien, Südafrika, Indien und China auf, die auch für die internationalen Beziehungen des Landes Nordrhein-Westfalen von Bedeutung sind.

Der Jahresbericht dokumentiert in ausführlicher Form das breite Spektrum der Aktivitäten des DIE. Er ist ein Beleg für die hohe Qualität der Institutsarbeit und macht nachvollziehbar, warum es zu den zehn besten entwicklungspolitischen „Denkfabriken“ weltweit gezählt wird. Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des DIE für die engagierte Arbeit in den zurückliegenden zwei Jahren und wünsche dem Jahresbericht viele interessierte Leserinnen und Leser.

Symbiose
Abhängigkeit
Individualität
Einzigartig
Nachhaltigkeit
Natur–Mensch

Die Skulptur „Espaliered Girl“ der englischen Künstlerin Laura Ford war Teil der Ausstellung „Natur. Zeitgenössische Kunst aus der Altana Kunstsammlung“ im Museum Frieder Burda in Baden-Baden (2009).



Neue Steuerungsmodelle für die Marktwirtschaft

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat sich die Marktwirtschaft als überlegenes Steuerungsmodell nahezu weltweit durchgesetzt. In Entwicklungsländern hatte der Rückzug staatlicher Wirtschaftsplanung schon zu Beginn der 1980er Jahre begonnen. Die vorangegangenen Versuche, die Entfaltung nationaler Industrien durch einen protektionistischen Entwicklungsstaat zu beschleunigen, waren mit wenigen Ausnahmen fehlgeschlagen und hatten hohe Haushalts- und Handelsbilanzdefizite hinterlassen. Das Scheitern planwirtschaftlicher Experimente hat verdeutlicht, dass eine enge politische Steuerung der Wirtschaft in den meisten Fällen zu ineffizienter Ressourcenallokation führt. Der Markt ist als „Entdeckungsverfahren“ für neue Problemlösungen in vielen Bereichen besser geeignet.

In den letzten Jahren ist der Ruf nach aktiver Gestaltung von Märkten dennoch wieder deutlich lauter geworden. Insbesondere drei Entwicklungen waren hierfür ausschlaggebend:

1. *Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise.* Seit den 1970er Jahren wurden die internationalen Finanzmärkte immer stärker dereguliert. Private Ratingagenturen übernahmen die Risikobewertung komplexer Finanzprodukte. Diese Agenturen unterschätzten die tatsächlichen Risiken – sicher auch, weil sie als Berater der Banken an der immer stärkeren Ausweitung riskanter Kreditgeschäfte mitverdienten. Mit der Insolvenz von Lehman Brothers setzte eine Vertrauenskrise mit verheerendem Dominoeffekt für die Weltwirtschaft ein. Heute besteht Konsens darüber, dass die internationalen Finanzmärkte stärker kontrolliert werden müssen. Auch der Internationale Währungsfonds (IWF) hat seine marktradikale Position zur Frage der Steuerung von Kapitalflüssen revidiert und gesteht den Entwicklungsländern zu, dass sie vor allem gegenüber kurzfristigen Kapitalflüssen steuernd eingreifen.

Das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) untersucht, wie sich Entwicklungsländer besser gegen



Quelle: Eigene Darstellung

die Volatilität der globalen Finanzströme schützen können. Schon vor der Krise starteten DIE und InWEnt im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) eine Serie internationaler Konferenzen zur Entwicklung und Regulierung von Finanzmärkten. Teilnehmer waren Entscheidungsträger und Wissenschaftler aus Europa und den aufstrebenden Ländern China, Indien, Brasilien, Mexiko und Südafrika. In informellen Dialogen wurde ein besseres Verständnis für die Perspektiven der Partner erzeugt.

2. *Die globale Klimakrise.* Der notwendige Übergang zu einer nichtfossilen Weltwirtschaft kann nur gelingen, wenn die Verursacher für Emissionen bezahlen müssen. Neben dem „Einpreisen“ von Emissionskosten z. B. durch CO₂-Steuern und Zertifikatehandel ist es wichtig, die Entwicklung und Verbreitung Ressourcen sparender Technologien durch öffentliche Förderung zu beschleunigen. Auch hier kann der Markt als

Allokationsmechanismus versagen, weil individuelle Investoren sich den Ertrag ihrer Investitionen in Forschung und Entwicklung nie zur Gänze aneignen können. So bleiben die privaten Aufwendungen deutlich hinter dem gesamtwirtschaftlich optimalen Niveau zurück. Im Bereich des Klimaschutzes vergleicht das DIE die klimapolitischen Leitbilder- und strategien der größten und am schnellsten wachsenden Entwicklungsländer mit jenen Europas. Es untersucht, welche Anreize die Länder setzen, um Emissionen und Ressourcenverbrauch zu senken und was Europa und diese Länder in Bezug auf Instrumente ökologischer Strukturpolitik voneinander lernen können.

3. *Erfahrungen mit nachholender Wirtschaftsentwicklung.* Technologische Nachzügler haben den Nachteil, dass sie gegen etablierte Konkurrenten antreten müssen, die bereits von Größenvorteilen, Netzwerksynergien und Markenimage profitieren. Nur wenige Investoren in Nachzüglerländern können ange-

sichts dieses Kompetenzgefälles bestehen. Koordinierte Anreize sind notwendig, um all jene Kompetenzen, die für die Wettbewerbsfähigkeit einer neuen Branche nötig sind, zeitgleich entwickeln zu können. Ländern wie Südkorea, Taiwan, Singapur und zuletzt auch China ist es durch die Verknüpfung von privatwirtschaftlicher Initiative mit gezielten strukturpolitischen Anreizen gelungen, die Produktivitätslücke gegenüber reichen Industrieländern zu verringern. Hinzu kommt, dass die nachholende Wirtschaftsentwicklung in den meisten Fällen mit wachsender Ungleichheit einhergeht. Damit die Bevölkerung auf breiter Ebene von der wirtschaftlichen Modernisierung profitieren kann, muss die Anschlussfähigkeit und wirtschaftliche Einbindung armer sozialer Gruppen öffentlich gefördert werden.

Zum Thema nachholender Wirtschaftsentwicklung verglich das DIE u. a. die Strukturpolitik in acht ärmeren Ländern Subsahara-Afrikas, der arabischen Welt und

Ostasiens. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, wie viel strukturpolitische Förderung sinnvoll ist, wenn einerseits öffentliche Vorleistungen und Koordination dringend erforderlich sind, aber andererseits die Kompetenz zur Durchführung gering ist und wirtschaftspolitische Instrumente von Lobbygruppen missbraucht werden. Die Arbeiten zeigen, wie anfänglich schwache Förderinstitutionen z. B. durch mehr Wettbewerb unter Dienstleistern, transparente Förderkriterien, systematische Wirkungsmessung und Rechenschaftspflicht gegenüber Kunden gestärkt werden können.

Die Suche nach neuen Steuerungsmechanismen zur wohlfahrtsorientierten Ausgestaltung unvollkommener Märkte durchzieht die Forschungs- und Beratungsarbeiten des DIE folglich wie ein roter Faden. Gefragt sind Steuerungsmodelle, die die Kreativität marktwirtschaftlicher Suchprozesse beflügeln, aber den marktwirtschaftlichen Suchprozess zugleich in gesellschaftlich erwünschte Richtungen lenken (siehe Abb.1).

Über- und Untersteuerung des wirtschaftlichen Strukturwandels (Abb. 2)



Allerdings gilt es dabei weder zu über- noch zu untersteuern (ein Beispiel aus der Strukturpolitik finden Sie in Abb. 2).

Konzepte zur ordnungs- und strukturpolitischen Einbettung von Marktprozessen müssen länderspezifisch sein. Blaupausen aus Industrieländern sind wenig hilfreich. Wo Märkte besser funktionieren, sind weniger korrigierende Lenkungsmaßnahmen erforderlich. Und auch die Steuerungsfähigkeit von Politik und Verwaltung variiert beträchtlich. Hier liegt eine große Heraus-

forderung für die Entwicklungszusammenarbeit: Es gilt, Partnerländer darin zu unterstützen, die für den jeweiligen Kontext bestmögliche Kombination von marktbasierter Allokation und politischer Gestaltung zu finden und die entsprechenden institutionellen Rahmenbedingungen hierfür zu stärken. Durch eigene empirische Forschung und die Einbindung in internationale akademische Diskurse hilft das DIE, das notwendige Wissen durch seine angewandte und vergleichende Entwicklungsforschung zu generieren.

Tilman Altenburg

Tilman Altenburg ist promovierter Wirtschaftsgeograph und leitet die Abteilung „Wettbewerbsfähigkeit und soziale Entwicklung“. Er widmet sich der Erforschung sozial integrativer Ansätze

nachholender Wirtschaftsentwicklung. Dazu zählen Arbeiten zu Clustern, Wertschöpfungsketten und Innovationssystemen in Entwicklungsländern.

Marktwirtschaft
 Vergleichende Entwicklungsforschung
 länderspezifisch
 Finanz- und Wirtschaftskrise
 Steuerungsmodell
 Entwicklungsstaat
 Klimakrise
 Nachholende Entwicklung

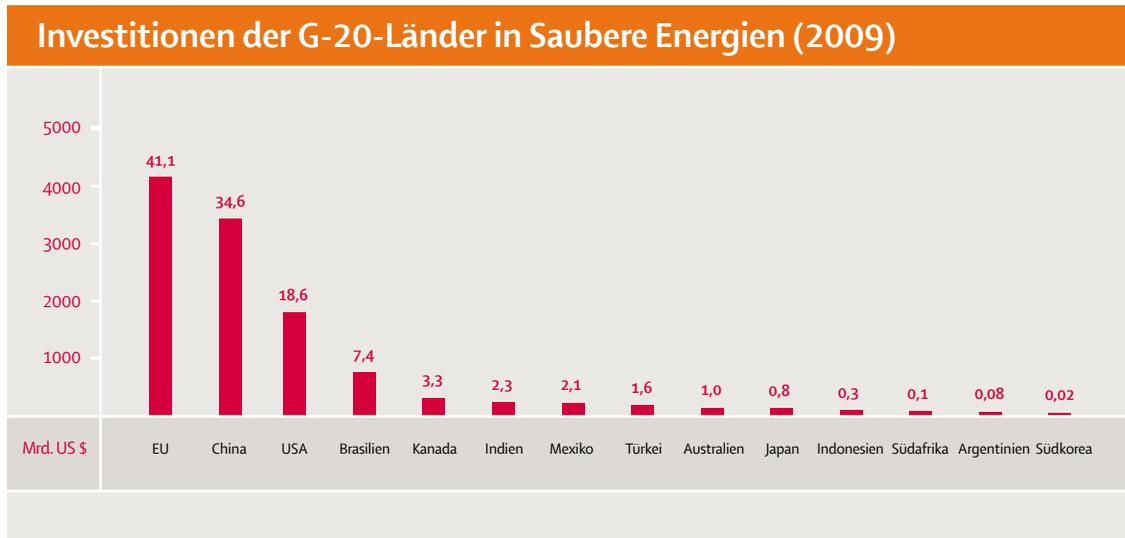
Globale Partnerschaften für eine kohlenstoffarme Entwicklung

Umweltwissenschaftler, Energieexperten und führende Unternehmen versichern, dass die Technologien für eine kohlenstoffarme Entwicklung bereits verfügbar sind. Technisch wäre es demnach möglich, eine Erwärmung der Erdatmosphäre um mehr als 2°C zu verhindern. Was aber bedeutet „Verfügbarkeit“ von Klimaschutztechnologien für Entwicklungsländer? Die bloße Tatsache, dass Unternehmen und Laboratorien einschlägige Technologien entwickelt haben, ist keine Garantie für ihre Verbreitung und Anwendung. Dies gilt für Industrienationen – und erst recht für Entwicklungsländer. Um den Klimawandel in der kurzen, noch verbleibenden Zeitspanne einzudämmen, müssen kohlenstoffarme Technologien erheblich schneller als bisher auf den Weg gebracht werden.

Vor diesem Hintergrund analysiert das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) – aus unterschiedlichen Blickwinkeln und theoretischen Perspektiven – Faktoren, die der Nutzung von Technologien zur

Bekämpfung des Klimawandels in Entwicklungsländern im Weg stehen. Dazu gehören wirtschaftliche und institutionelle Herausforderungen beim Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft, die Rolle von Innovationssystemen, Handels- und Investitionshemmnissen sowie Fragen des geistigen Eigentums (*Intellectual Property Rights* – IPRs). Eine genaue Analyse dieser Hemmnisse ist Voraussetzung für den Auf- und Ausbau globaler Partnerschaften für eine kohlenstoffarme Entwicklung.

Investitionen in Technologien zur Bekämpfung des Klimawandels gelten oft als kostspielig: Sowohl direkt hinsichtlich der erforderlichen Finanzmittel als auch indirekt mit Blick auf die Opportunitätskosten, die für wirtschaftliche Entwicklung veranschlagt werden. Da es vielen Entwicklungsländern an technologischer Leistungsfähigkeit und Kenntnissen in kohlenstoffarmen Technologien mangelt, setzen sie auf „traditionelle“ und zumindest auf kurze Sicht vermeintlich billigere



Quelle: "G-20 Clean Energy Factbook 2010: Who's Winning the Clean Energy Race? Growth, Competition and Opportunity in the World's Largest Economies"

Energiequellen wie Kohle. Ein Ausweg aus diesem Dilemma könnte Technologietransfer sein. Allerdings ist der Transfer klimafreundlicher Technologien für Energieversorgung, Mobilität und industrielle Entwicklung nicht trivial. Die Forschung zu nationalen Innovationssystemen unterstreicht, dass sich ökonomische, soziale, politische und technologische Aspekte von Innovation parallel entwickeln müssen. Der Transfer kohlenstoffarmer Technologien, selbst zum Nulltarif, wäre kein Garant für deren weiträumige Anwendung in Entwicklungsländern: Zum einen können Probleme der Netzkompatibilität auftauchen, zum anderen fehlt häufig das einschlägige Wissen über neue Technologien.

DIE-Analysen zu kohlebasierten Ökonomien, wie von Andreas Stamm und Anna Pegels zu Südafrika, von Tilman Altenburg zu Indien und von Doris Fischer zu China, betonen, dass inländische Faktoren wie die vorhandenen (Energie-) Innovationssysteme, das

institutionelle Umfeld, inhärente Machtstrukturen oder ein Mangel an Fachpersonal Hindernisse auf dem Weg zu einer Energiewende in Entwicklungsländern sein können. Der Hinweis auf die Grenzen eines Technologietransfers ist keine Absage an die Verpflichtung der Industrieländer, die Minderungs- und Anpassungsstrategien der Entwicklungsländer zu unterstützen. Vielmehr soll er allzu optimistische Erwartungen dämpfen, ein solcher Transfer könne eine bequeme Lösung sein, sofern industrialisierte Volkswirtschaften bereit sind, die Kosten dafür zu tragen. Der Fall Chinas, eines führenden Herstellers von Solarzellen mit bisher nur geringer Nutzung von Solarenergie im eigenen Land, zeigt, dass die Verfügbarkeit einer Technologie nicht mit ihrer Nutzung gleichzusetzen ist.

Für eine langfristig kohlenstoffarme Entwicklung sollten globale Partnerschaften ihren Fokus auf das erforderliche institutionelle Umfeld, Personalressourcen, Innovationsfähigkeit und die Mobilisierung privatwirt-

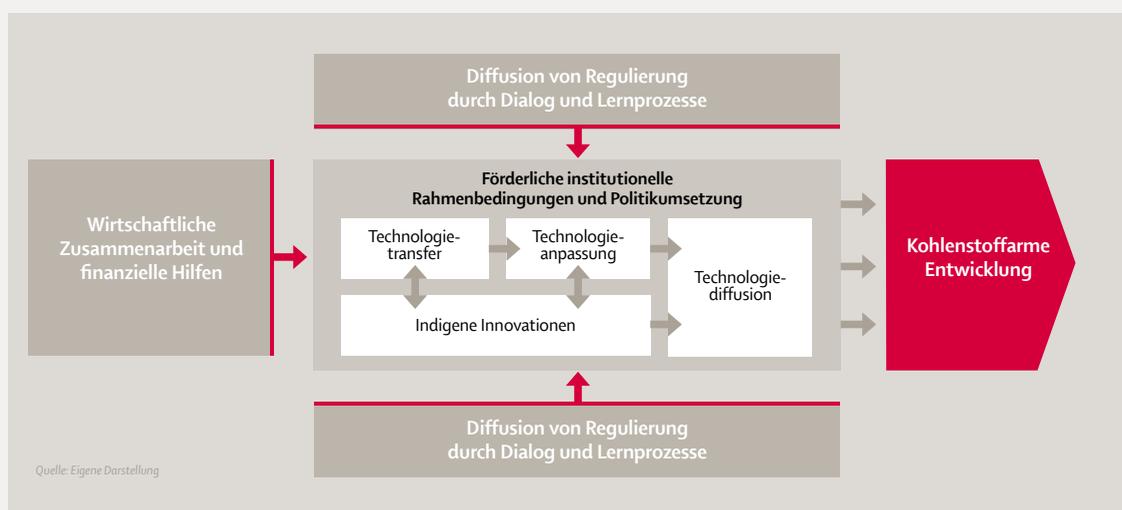
schaftlicher Investitionen legen. Eine Analyse von Clara Brandi und Anna Pegels hinterfragt die Rolle, die IPRs, und vor allem Patente, als Hindernisse für den Transfer von Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energien spielen. Viele Entwicklungsländer sind der Ansicht, der Schutz von IPRs und die daraus resultierenden Kosten wie Lizenzgebühren behinderten einen umfassenden Einsatz der relevanten Technologien. Die Analyse unterstreicht im Gegensatz dazu die Bedeutung der Absorptionsfähigkeit des Aufnahmelandes.

Neben den sozioökonomischen Bedingungen eines Landes können auch Hemmnisse für grenzüberschreitende Handels- und Investitionsströme die Verbreitung kohlenstoffarmer Technologien verhindern. Clara Brandi analysiert daher die Wechselbeziehungen zwischen internationaler Handels- und Klimapolitik. Ziel ist es, Strategien aufeinander abzustimmen, um Produktion, Handel und Investitionen im Hinblick auf sauberere technologische Optionen zu stimulieren

und so den Übergang in eine nachhaltige und kohlenstoffarme Weltwirtschaft zu fördern. Während aktuelle Politikdebatten Handelsinstrumente eher als „Peitsche“ zu betrachten scheinen, verspricht ein Fokus auf „Zuckerbrot“, wie die Unterstützung bei der Stärkung der technologischen Absorptionsfähigkeit, größeren Erfolg.

Die oft heftigen Debatten über Handelsbeziehungen und den Transfer kohlenstoffarmer Technologien sind Ergebnis der wachsenden Einsicht, dass diese Technologien die Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftskraft im 21. Jahrhundert definieren werden. Nationale Regierungen von Industrieländern und sich dynamisch entwickelnde Länder wie China sind zunehmend bereit, das Konzept einer umweltfreundlichen Wirtschaft und an Nachhaltigkeit ausgerichteter Innovationssysteme zu unterstützen. Insofern hat wirtschaftliche Rivalität bisweilen Politiken zum Ergebnis, die protektionistische Konzepte zementieren, obwohl

Dimensionen globaler Partnerschaften für kohlenstoffarme Entwicklung



die gewaltige Herausforderung durch den Klimawandel nach weltweiter Zusammenarbeit von Wissenschaft, Technik und Innovation verlangt. Gemeinsam mit Forschungseinrichtungen in Europa und China analysiert ein DIE-Projekt unter der Leitung von Doris Fischer mehrstufige Lenkungsstrukturen in Klimaschutz- und Energiepolitik und ihre wechselseitigen Beziehungen zu globalen Wertschöpfungsketten und Geschäftsinteressen. Das DIE formuliert Politikempfehlungen für den Umgang mit möglichen

Kooperationen und Konflikten und bewertet die Auswirkungen globaler Energie- und Umweltszenarien für eine Politik, die den Übergang in eine kohlenstoffarme Zukunft anstrebt. Diese Analysen legen nahe, dass Erkenntnisse aus Arbeiten wie der Millenniums-Bewertung der Ökosysteme der Vereinten Nationen und Szenarien, die von der Internationalen Energie-Agentur entwickelt werden, einem breiteren Publikum zugänglich gemacht werden sollten, um auf dem Weg zu einer nachhaltigen Weltwirtschaft voranzukommen.

Clara Brandi und Doris Fischer

Clara Brandi ist promovierte Ökonomin und Politikwissenschaftlerin in der Abteilung „Weltwirtschaft und Entwicklungsfinanzierung“. Ihr aktuelles Forschungsinteresse gilt *Global Economic Governance* sowie Handel und Klimawandel. Doris Fischer ist promovierte

Ökonomin und China-Expertin in der Abteilung „Wettbewerbsfähigkeit und Soziale Entwicklung“. Ihre aktuelle Forschung konzentriert sich auf Innovationssysteme und Veränderungen im Energiesektor im Kontext von nachhaltiger und kohlenstoffarmer Entwicklung.

Klimawandel
kohlenstoffarme Entwicklung
Innovationssysteme
Erneuerbare Energien Patente Südafrika
Technologietransfer Indien
China

Auswirkungen und Lösungsansätze der Finanzkrise auf Entwicklungs- und Schwellenländer

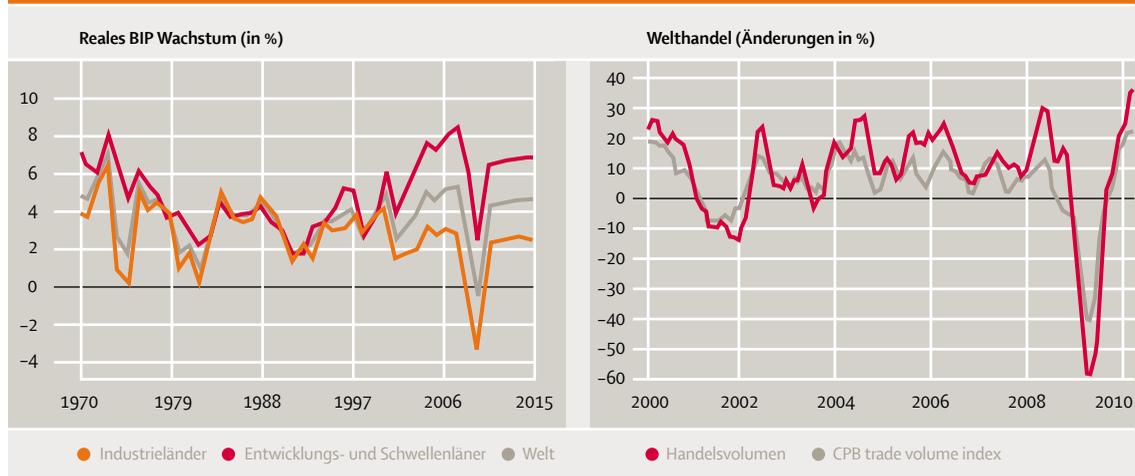
Seit der Lehman-Insolvenz im September 2008 ist die Finanzkrise eines der beherrschenden Themen auf der politischen Agenda. Das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) reagierte prompt und bot frühzeitig Expertisen zu den kurz-, mittel- und langfristigen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf Entwicklungs- und Schwellenländer und die *Global Economic Governance* an. In zahlreichen Artikeln, Interviews, Vorträgen und Konferenzen haben Mitarbeiter des DIE (insbesondere Dirk Messner, Peter Wolff, Kathrin Berensmann, Ulrich Volz und Markus Loewe) die Ursachen und Transmissionskanäle der Krise analysiert und Politikempfehlungen für die Krisenreaktion und Vorbeugung neuerlicher Krisen formuliert.

Die meisten Entwicklungs- und Schwellenländer sind entgegen den schlimmsten Befürchtungen deutlich besser durch die Krise gekommen als erwartet. Zwar haben viele Entwicklungs- und Schwellenländer 2009 zum Teil deutliche Einschnitte beim Wachstum

hinnehmen müssen, und einige Länder mussten auch Kredithilfen des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Anspruch nehmen, die meisten haben sich aber als bemerkenswert widerstandsfähig erwiesen.

Die Rezession in den Industrieländern, deren Wirtschaft auf der Höhe der Krise im ersten Quartal 2009 um 8,3 % schrumpfte, führte zu einem drastischen Einbruch des internationalen Handels, der im Jahr 2009 um 10,7 % zurück ging (siehe Abb. 1). Der Produktions- und Konsumrückgang in den USA und Europa – welche nach wie vor über die Hälfte der Weltwirtschaft ausmachen – führte zu Exporteinbrüchen und damit auch zu Wachstumsrückgängen in vielen Entwicklungsländern. Die Rezession in den Industrieländern und Wachstumsabschwächungen in wichtigen Schwellenländern wie China führte zudem zu einem weiteren Absinken der Öl- und Rohstoffpreise, was je nach Export- und Importstruktur positive oder negative Effekte für die Leistungsbilanzen einzelner

Auswirkungen der Krise auf Entwicklungs- und Schwellenländer (Abb. 1)



Länder hatte. Für viele Rohstoff- und Energieexporteure in Afrika, Asien und Lateinamerika bedeutete dies Verluste von Exporteinnahmen, wohingegen Rohstoff- und Energieimporteure entlastet wurden.

Die Wachstumseinbrüche in den Industrieländern hatten zudem Auswirkungen auf Finanztransfers aus Industrieländern in arme Länder. Während das Einfrieren der internationalen Kapitalmärkte den Grossteil der Entwicklungsländer nicht betroffen hat, da diese ohnehin keinen Zugang dazu hatten, sind nach Angaben der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (*United Nations Conference on Trade and Development* – UNCTAD) ausländische Direktinvestitionen in Entwicklungsländer, die in 2008 trotz den ersten Anfängen der Krise noch gestiegen sind, in 2009 um 35 % gefallen. Zudem führte die sich verschlechternde Situation auf den Arbeitsmärkten in Industrieländern und die sich damit verschlechternden Einkommensmöglichkeiten von Migranten zu einem

Rückgang in den Überweisungen an ihre Familien in ihren Heimatländern – für viele ärmere Länder eine wichtige Devisenquelle.

Das DIE hat sich auch mit den Auswirkungen der Finanzkrise auf die Länder in Subsahara-Afrika (SSA) sowie im Nahen Osten und in Nordafrika (*Middle East and North Africa* – MENA) beschäftigt. Im Vergleich zu früheren Krisen der Weltwirtschaft kamen auch die meisten Länder dieser Regionen relativ glimpflich davon und haben sich verhältnismäßig schnell wieder erholt. Dies ist in SSA im Wesentlichen auf die solide Wirtschaftspolitik im makro- und mikroökonomischen Bereich in den vergangenen Jahren zurückzuführen. Die relativ solide Haushaltslage vor der Krise eröffnete vielen Ländern in SSA in der Krise makroökonomischen Handlungsspielraum für eine antizyklische Fiskalpolitik, um den Nachfragerückgang auszugleichen. Unter den Ländern in der MENA-Region waren insbesondere die Energieexporteure infolge der gesunkenen

Ölpreise betroffen. Mit der Ausnahme von Dubai konnten sie die Krise aber mit Hilfe der in den Boomjahren gebildeten Rücklagen gut abfedern und sich schnell wieder erholen.

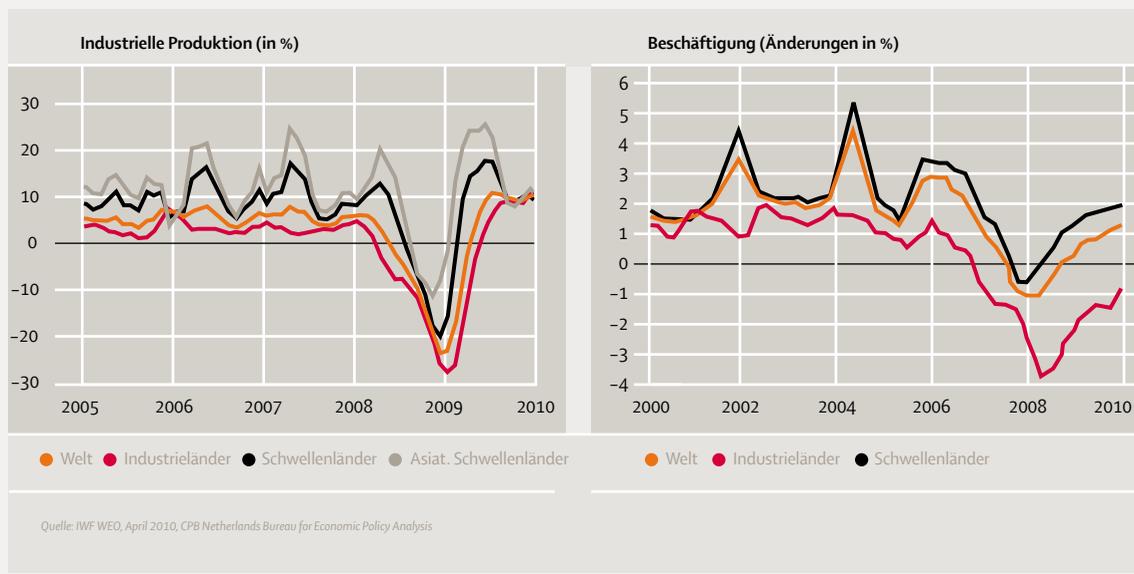
Für die Entwicklungsländer, die durch die Krise stark betroffen waren, haben besonders die internationalen Finanzinstitutionen kurzfristig mehr Mittel bereitgestellt und ihre antizyklische Rolle gestärkt. In diesem Rahmen hat sich das DIE mit den Reformen und den Kapitalerhöhungen der Multilateralen Entwicklungsbanken und des IWF befasst. Diese Institutionen haben ihre Instrumente dahin gehend reformiert, dass sie antizyklisch, flexibel und schnell auszahlbar sind, um Finanzierungengpässe in diesen Ländern auszugleichen.

Gerade für Länder mit einer bereits vor der Krise kritischen Verschuldungslage stellt sich die Frage, inwieweit sich die Verschuldungssituation der Entwicklungsländer infolge der Finanzkrise verschlechtern

wird. Im Rahmen eines Gutachtens im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie in verschiedenen Publikationen und Vorträgen hat sich das DIE mit Lösungsansätzen zur Vermeidung und Bewältigung von Verschuldungskrisen in Niedrigeinkommensländern befasst. Wichtige Instrumente zur Vermeidung und Lösung von Verschuldungskrisen sind beispielsweise ein Insolvenzrechtsverfahren für Staaten, ein gutes Schuldenmanagement, ein *Code of Conduct, Debt Swaps*, ein Schuldenmoratorium oder die Entwicklung von lokalen Anleihemärkten.

Weiterhin hat das DIE im Frühjahr 2009 der damaligen Bundesministerin Wieczorek-Zeul in ihrer Eigenschaft als Mitglied der Stiglitz-Kommission zur Reform des internationalen Finanzsystems zugearbeitet und hierzu in Zusammenarbeit mit InWEnt eine Konferenz mit Mitgliedern der Kommission und internationalen Experten veranstaltet.

Auswirkungen der Krise auf Entwicklungs- und Schwellenländer (Abb. 2)



In einer Reihe von Konferenzen, die das DIE gemeinsam mit InWEnt in Berlin, New Delhi, Mexiko Stadt, Peking und Pretoria organisiert hat, wurden zudem die Auswirkungen der Finanzkrise auf Entwicklungs- und Schwellenländer und Reformen zur Verbesserung der Finanzmarktstabilität und *Global Financial Governance* behandelt. In diesen informellen Politikdialogen zwischen ranghohen Vertretern von Finanz-

ministerien und Zentralbanken aus den G-20-Ländern sowie internationalen Organisationen und der Wissenschaft, gemeinsam durchgeführt mit Partnerinstitutionen aus China, Indien, Mexiko und Südafrika, wurden nicht nur die adäquaten Krisenreaktionen und Fragen zur Reform und Regulierung nationaler und globaler Finanzmärkte diskutiert, sondern auch die Forschungspartnerschaften des DIE in diesen Ländern gestärkt.

Kathrin Berensmann und Ulrich Volz

Kathrin Berensmann, promovierte Diplom-Volkswirtin, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung „Weltwirtschaft und Entwicklungsfinanzierung“. Ihre derzeitigen Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen: Entwicklungsfinanzierung, internationale Finanzarchitektur, Verschuldung sowie Geld- und Währungspolitik. Ulrich Volz, promovierter Ökonom, ist wissenschaft-

licher Mitarbeiter in der Abteilung „Weltwirtschaft und Entwicklungsfinanzierung“. Er unterrichtet zudem Kurse in *International Finance* und *International Monetary Relations* an der Freien Universität Berlin. Seine Forschungsinteressen liegen in den Bereichen internationale Finanzmärkte, Finanz- und Währungsintegration sowie Entwicklungsökonomie.

Auswirkungen Finanzkrise
 Global Economic Governance
 Reform der Finanzmärkte
 Konferenzen
 Schwellenländer
 Sinkende Wachstumsraten
 Entwicklungsländer
 Verschuldungskrise
 Internationale Finanzarchitektur



Stärke
Individualität
Menschen
Ideensammler
Einsamkeit
Wir

Bei der Architekturausstellung *Contemporary Art & Architecture* in Peking 2009 wurden von einem Künstler viele Gesichter auf Ziegelsteinquader aufgebracht.

Afrika – neue wirtschaftliche Perspektiven jenseits der Hilfe

Afrika wird heute als aufstrebender Kontinent wahrgenommen und afrikanische Institutionen wie die Afrikanische Union (*African Union - AU*), die *New Partnership for Africa's Development* (NEPAD) – seit kurzem unter dem Namen *NEPAD Planning and Coordinating Agency* (NPCA) stärker in die AU integriert – sowie die Afrikanische Entwicklungsbank (*African Development Bank – AfDB*) treiben neue Reformprozesse voran: Die Förderung des Privatsektors, eine neue Landwirtschaftspolitik, regionale Integration, die bessere Nutzung des Rohstoffreichtums und die Mobilisierung einheimischer Ressourcen über die Finanzmärkte. Das sind Themen, mit denen sich auch das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) beschäftigt. Sie verweisen auf ein neues Entwicklungsparadigma in Afrika, das sich stärker als bisher an der Nutzung interner Potenziale orientiert.

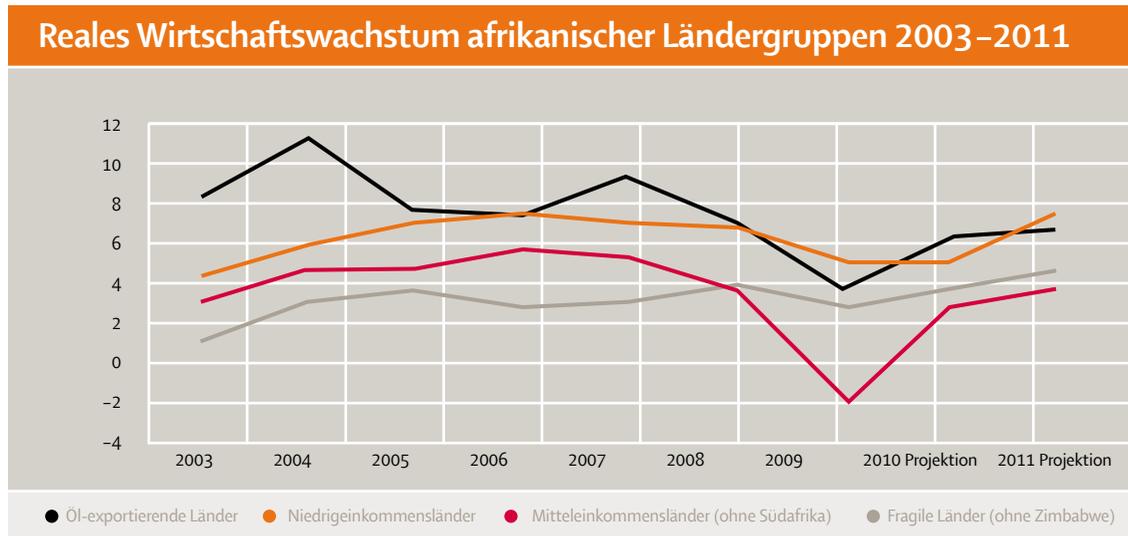
Die Rolle des Privatsektors bei der Bewältigung der Armut und der dramatischen Unterbeschäftigung ist

in den meisten afrikanischen Ländern inzwischen unbestritten. Allerdings hat Afrika strukturelle Wettbewerbsnachteile, wie die mangelhafte Infrastruktur, die unzuverlässige Energieversorgung, die überwiegend sehr kleinen Binnenmärkte mit geringer Kaufkraft sowie mangelnde technische und unternehmerische Expertise.

Eine aktive Strukturpolitik ist nötig, um schrittweise wettbewerbsfähige Unternehmen zu entwickeln, produktive Beschäftigung zu schaffen und die Wirtschaft zu diversifizieren. Das DIE hat untersucht, in welchem Maße unter anderem Ägypten, Äthiopien, Mosambik, Namibia, Nigeria und Tunesien dazu in der Lage sind. Es wurde deutlich, dass die Strukturpolitik in allen Ländern noch zu bürokratielastig und klientelorientiert ist, nicht zuletzt, weil sie zu wenigen Kontrollen (durch Rechnungshöfe, Parlamente, Öffentlichkeit) unterliegt. Die Untersuchungen zeigen aber auch deutliche Unterschiede. Insbesondere in Tunesien

Das Wirtschaftswachstum in Subsahara-Afrika hat sich gegenüber früheren Dekaden verbessert. Die öllexportierenden Länder sind zurückgefallen, sie und die wenigen Mitteleinkommensländer waren besonders anfällig für die Finanz- und

Wirtschaftskrise. Relativ erfreulich ist die Entwicklung in den ärmsten Ländern; fragile Länder bereiten weiterhin Sorgen. Insgesamt reichen die Ergebnisse aber nicht, Afrika muss noch größere Anstrengungen unternehmen.



Quelle: IWF (2010): Regional Economic Outlook. Sub-Saharan Africa: Back to High Growth? IWF: Washington DC

und Ägypten gibt es zunehmend positive Beispiele einer aktiven Förderung der Privatwirtschaft. Von den Untersuchungsländern südlich der Sahara hat nur Äthiopien eine klare Strategie, um in Bereichen höherer Wertschöpfung wettbewerbsfähig zu werden. Das Land investiert massiv in Universitäten und berufliche Bildung und hat erfolgreich neue Branchen etablieren können. Namibia und Mosambik dagegen betreiben nur eine halbherzige Strukturpolitik; die wenigen Maßnahmen, die erfolgreich sind, gehen auf Initiativen internationaler Geber zurück. In Nigeria sind alle Bemühungen, die Wirtschaft weniger abhängig vom Erdöl zu machen, gescheitert. Die industrielle Wertschöpfung ist seit der Unabhängigkeit stetig gesunken.

In der Landwirtschaftspolitik gibt es neue Ansätze, die nationalen politischen Blockaden zu überwinden. Durch einen grenzüberschreitenden Politikrahmen versucht das *Comprehensive Africa Agriculture Development Programme* (CAADP), ein gemeinsames

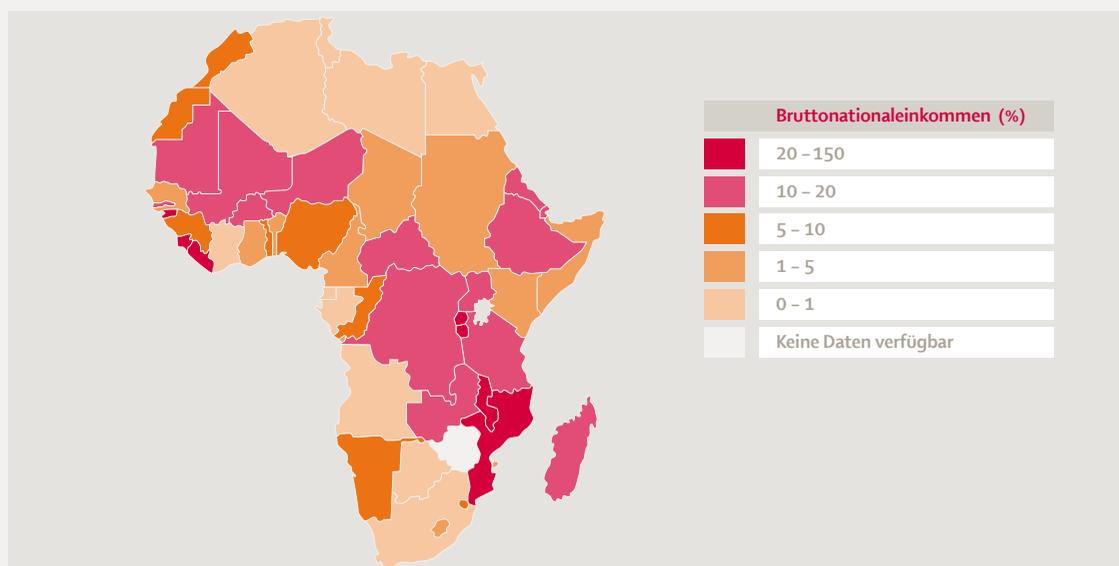
Verständnis von guten Politiken der ländlichen Entwicklung herzustellen. CAADP ist ein Programm von AU und NEPAD für Agrarentwicklung, Armutsbekämpfung und Ernährungssicherheit. Eine Analyse des Programms durch Roukayatou Zimmermann und Michael Brüntrup kommt zu dem Ergebnis, dass die CAADP-Aktivitäten bisher kaum in den nationalen Politiken verankert sind. Auch sollten die grenzüberschreitenden Dimensionen von Agrar- und Ernährungssicherungspolitiken stärker betont werden. Andere Untersuchungen des DIE zu agro-industriellen Wertschöpfungsketten weisen ebenfalls auf eine mangelnde Koordinierung verschiedener Sektorpolitiken hin. Nötig ist eine abgestimmte Politikgestaltung um Innovation und private Akteure zu fördern, Finanzierung zu mobilisieren und Märkte zu entwickeln. Hierfür bedarf es einer verbesserter Regierungsführung und einer größeren Beteiligung und Stärkung von wichtigen gesellschaftlichen Akteuren.

Der afrikanische Finanzsektor hat sich in den letzten Jahren dynamisch entwickelt; Banken aus Südafrika, Nigeria und Kenia expandieren in der Region. Die AU, die AfDB und die Regionalorganisationen verfolgen ein anspruchsvolles Programm der Entwicklung regionaler Finanzmärkte mit der Perspektive einer afrikanischen Finanz- und Währungsunion. Häufig jedoch bremsen kleinere Länder diese Programme, wie sich auch in den Diskussionen auf der DIE-InWEnt-Konferenz „*Enhancing Regional Financial Cooperation in Southern Africa Against the Backdrop of the Global Financial Crisis*“ im Mai 2009 in Südafrika zeigte. Das DIE beschäftigt sich im Rahmen des Programms „*Making Finance Work for Africa*“ mit Fragen der politischen Ökonomie von Finanzsektor-Reformen. In diesem Feld bremsen – wie die Arbeiten von Florence Dafe und Christian von Drachenfels zeigen – vor allem die Interessenkonflikte innerhalb der Länder eine Umsetzung von Reformen.

Eine Arbeit des DIE von Martin Stürmer zu den staatlichen Einnahmen aus der Förderung von Rohstoffen in Afrika zeigt, dass die Möglichkeiten, daraus Einnahmen für die Entwicklungsfinanzierung zu generieren, bei weitem nicht ausgeschöpft werden. Dieser Befund ist deshalb ernüchternd, weil weiterhin viele afrikanische Länder auf Rohstoffexporte bauen werden.

Auch vor diesem Hintergrund ist das wirtschaftliche Engagement neuer Akteure in Afrika, allen voran China, aber auch Indien und Brasilien, daraufhin zu prüfen, welche Chancen und Risiken sie für Afrikas Entwicklung bieten. Studien des DIE in Ruanda, Äthiopien und Angola zeigen, dass die Bedingungen in den Partnerländern entscheidend sind für die Frage, welche Auswirkungen das verstärkte Engagement der Partner aus dem Süden haben kann. Normalfall sollte die Einbindung der neuen Partner in die nationalen Entwicklungsprogramme sein, auch entsprechend der Rhetorik der Süd-Süd-Solidarität und der strategischen Nutzung

Entwicklungshilfe-Abhängigkeit in Afrika (2007)



Quelle: African Economic Outlook (AfDB/OECD 2010), Seite 81

der Stärken verschiedener Partner. Stattdessen ist der Versuch zu beobachten, neue Partner als Alternative zu westlichen Gebern zu nutzen und Forderungen nach öffentlicher Rechenschaftslegung auszuweichen.

Mit einer erfolgreichen Privatsektorentwicklung und einer nachhaltigeren Nutzung von Rohstoffvorkommen würden die Chancen für eine größere Unabhängigkeit Afrikas von der EZ wachsen. Während in

den Geberländern für eine weitere Erhöhung der Hilfe für Afrika geworben wird, verweisen einige afrikanische Regierungen auf eigene Anstrengungen, sich nach 50 Jahren politischer Unabhängigkeit auch wirtschaftlich vom post-kolonialen Einfluss der Geber frei zu machen. Solange Afrika als Hilfe-Empfänger klassifiziert wird, bleiben auch seine Einflussmöglichkeiten in der internationalen Arena sehr begrenzt.

Peter Wolff und Michael Brüntrup

Peter Wolff, promovierter Ökonom, ist Leiter der Abteilung „Weltwirtschaft und Entwicklungsfinanzierung“. Er arbeitet zur internationalen Finanzarchitektur und zur Entwicklung von Finanzsystemen in Entwicklungsländern. Michael Brüntrup, promovierter Agraringenieur,

ist Mitarbeiter der Abteilung „Wettbewerbsfähigkeit und soziale Entwicklung“. Er arbeitet zur Fragen der Agrar- und Agrarhandelspolitik sowie der Bioenergie und Ernährungssicherung mit geographischem Schwerpunkt Subsahara-Afrika.

Gute Regierungsführung
 Rohstoffe Afrika
 Strukturpolitik
 China in Afrika Afrikanische Union NEPAD
 Landwirtschaft
 Privatsektor Finanzmärkte

Europäische Entwicklungspolitik an der Weggabelung

Die Herausforderungen für eine gemeinsame Politik der Europäer werden größer: eine globale Finanz- und Wirtschaftskrise, die dann zu einer Euro-Krise wurde. Mit diesem zunehmenden Druck steigt jedoch auch der Nutzen europäischer Integration; gemeinsame europäische Positionen werden dringlich. Globale Herausforderungen wie der Klimawandel erfordern Antworten und globale Machtverschiebungen in einer zunehmend multipolaren Welt erfordern neue Partnerschaften; nicht zuletzt auch mit China und anderen aufstrebenden Mächten. Diese Veränderungen betreffen die Staaten Europas unmittelbar. Zugleich ist die Europäische Union eine Antwort auf diese globalen Unsicherheiten – und sie gestaltet globale Strukturpolitik mit. Nicht zuletzt mit dem am 1. Dezember 2009 in Kraft getretenen Lissabonner Vertrag veränderte sich die EU intern, mit dem Anspruch, als globaler Akteur und Ordnungsrahmen auch für Entwicklung aktiv zu werden. Entwicklungspolitik wurde einerseits

vertraglich gestärkt und globale Entwicklung gehört nun zu den Zielen europäischer Außenpolitik. Zugleich verändert sich andererseits der institutionelle Rahmen, in dem Entwicklungspolitik gemacht wird – und dies führt zu Unruhe unter Entwicklungspolitikern und Vertretern von Nichtregierungsorganisationen. Ein neuer vertraglicher Rahmen, ein neu zusammengesetztes Europaparlament, eine neue Kommission und neue globale Herausforderungen – kurz: es ist viel Bewegung in Europas Außenbeziehungen und seit 2010 werden die Weichen neu gestellt.

Ein zentrales Element der europäischen Außenbeziehungen im Wandel ist die Entwicklungspolitik. Anfang 2010 fanden sich vier europäische Forschungsinstitute zur „*European Think-Tanks Group*“ zusammen und verfassten auf Initiative des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) gemeinsam ein Memorandum anlässlich der anstehenden Weichenstellungen mit dem Titel „*Neue Herausforderungen, neue*

EU-Memorandum zur Europäischen Entwicklungszusammenarbeit



Fünf Prioritäten für Veränderungen in der EU:

- die EU sollte beim Nachdenken über die Zukunft der internationalen Entwicklungspolitik eine Führungsrolle ausfüllen,
- der neue europäische Rahmen sollte ein echtes Momentum für Politikkohärenz in der Entwicklungspolitik schaffen,
- bestehenden Entwicklungspartnerschaften sollte neues Leben eingehaucht werden,
- Finanzierungszusagen sollten eingehalten werden, zugleich sind die Zielgenauigkeit und Effizienz der Ausgaben zu verbessern,
- die Koordination zwischen den Mitgliedstaaten sollte verbessert werden, so dass die EU wirklich als Einheit funktioniert.

Ansätze“. Als gemeinsame Publikation des DIE mit dem Londoner *Overseas Development Institute* (ODI), der Madrider *Fundación para las Relaciones Internacionales el Diálogo Exterior* (FRIDE) sowie dem Maastrichter *European Centre for Development Policy Management* (ECDPM) konzipiert, diskutieren insgesamt 25 europäische Entwicklungsforscher – davon sieben aus dem DIE – im Memorandum die veränderten globalen und europäischen Rahmenbedingungen für Entwicklungspolitik: Wo sind die zentralen Herausforderungen, was hat Europa bisher unternommen – und wo muss es aktiver werden? Der Nationalstaat mag mit der Lösung der Probleme allein überfordert sein, wie in der europäischen Integrationsforschung wiederholt betont wird. Aber ist die Europäische Union in der Lage, auch mit dem Blick auf globale Entwicklung – also über das tagesaktuelle Krisenmanagement hinaus – angemessen zu reagieren?

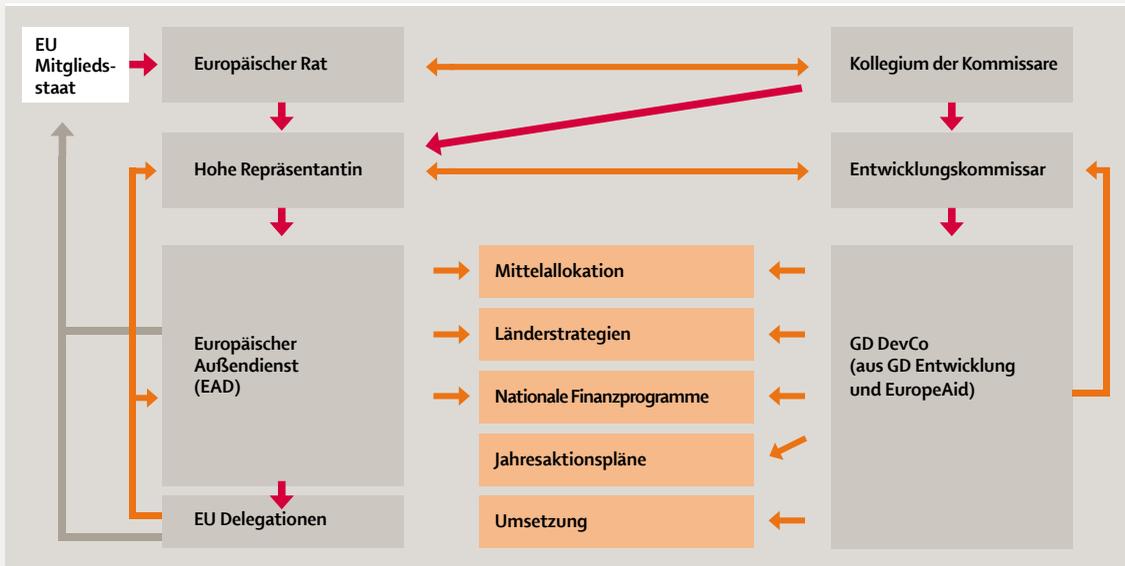
Die beteiligten Institutionen nutzen ihre Expertise, um das Themenspektrum mit Einfluss auf globale Entwicklung breit abzudecken. Die Verbindungen zu europäisch bestimmten Politiken sind auf der Hand liegend und auch entsprechend im DIE zu finden: Europa muss seine gesamte Politik – und damit auch die Entwicklungspolitik – mit Blick auf den globalen Klimawandel überdenken und an den bereits stattfindenden Klimawandel anpassen, argumentiert Imme Scholz. Es muss die Fragilität einer Reihe von Entwicklungsländern in seiner Außenpolitik berücksichtigen – und als Ziel die interne Handlungsfähigkeit der Partnerstaaten haben. Die EU kann hier insbesondere auf Erfahrungen im Managen von Netzwerken zurückgreifen – und sollte dabei auch auf die breiten Fähigkeiten der europäischen Zivilgesellschaft zurückgreifen, betonen Jörn Gravingholt und Stefan Gänzle. Und Europas Ausrichtung am Beitrag zum Zielsystem der Millenniumsentwicklungsziele muss weiterentwickelt

werden, wozu auch auf europäischer Ebene die Arbeiten von Markus Loewe beitragen.

Innerhalb des DIE besteht das internationale Kernteam zu europäischen Fragen aus vier Kolleginnen und Kollegen, die sich vor allem mit Verbindungen zwischen Politikfeldern befassen und diese auf ihre Auswirkungen für Europas Fähigkeit zur Politikformulierung für globale Entwicklung untersuchen. Der neue Europäische Außendienst ist eine Chance – die Verzahnung zwischen Außen- und Entwicklungspolitik berücksichtigt bisher beide Elemente in den geplanten Abläufen (siehe Abb. unten). Das ist im langfristigen Eigeninteresse Europas, aber auch ein zentraler Beitrag Europas zur Entwicklung in Sicherheit beispielsweise in afrikanischen Staaten, argumentieren Sven Grimm und Mark Furness. Fraglich ist, ob dies durch mehr Integration geschehen muss. Auch eine bessere Arbeitsteilung kann ein Weg zu einer verbesserten europäischen Politik für globale Entwicklung sein, da sie einerseits

europäische Doppelarbeit vermeidet, d. h. Gelder sinnvoller einsetzt, und andererseits die Partnerstaaten von Koordinierungslasten befreit. In der Handelspolitik, so Davina Makhan, ist die Gestaltung von „Aid for Trade“ eine sinnvolle und notwendige Ergänzung einer Entwicklung ermöglichenden Handelspolitik. Sie kann Strukturpolitik im besten Sinne unterstützen – wenn sie sowohl die nationalen wie auch regionalen Dimensionen betrachtet, wie etwa die Diskussionen um die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (*Economic Partnership Agreements – EPAs*) lehren. Viel Porzellan wurde in den EPA-Verhandlungen zerschlagen durch unzureichende Abstimmungen der Ziele zwischen der stark vergemeinschafteten Handelspolitik und der Entwicklungspolitik, die zwischen Mitgliedstaaten und Kommission gemeinsam bestimmt wird. Die neuen Akteure in der Entwicklungspolitik – vor allem das als Konkurrent wahrgenommene China – verdeutlichen hierbei Schwächen in Europas Außen- und Entwick-

Die Zuständigkeiten für EU-Entwicklungspolitik nach dem Lissabonner Vertrag



Quelle: Eigene Darstellung

Legende: → Politische Entscheidung → Offizielle Berichterstattung → Informationsfluss

lungspolitik und mögen sie auch nutzen; ursächlich sind sie allerdings dafür nicht, zeigt Christine Hackenesch an den Beispielen Äthiopien und Angola.

Die Verbesserung der Wirksamkeit europäischer Entwicklungspolitik ist eine grundlegende Voraussetzung für eine Meinungsführerschaft Europas in Entwicklungsfragen, so die Argumentation im Memorandum der „European Think-Tanks Group“.

Sven Grimm

Sven Grimm ist promovierter Politikwissenschaftler und leitet das Projekt „Europäische Politik für globale Entwicklung“ in der Abteilung „Bi- und Multilaterale Entwicklungspolitik“. Sein Arbeitsgebiet umfasst die

Entwicklungspolitik ist der Kern europäischer Außenbeziehungen. Zentral ist hier vor allem, dass auch in Politikfeldern jenseits der klassischen Entwicklungshilfe entwicklungspolitische Ziele bessere berücksichtigt werden (*policy coherence for development*). Dies muss im Tagesgeschäft geschehen und ist ein nicht abzuschließender Prozess. Mit Blick auf die Wirksamkeit lohnt sich der Weg – für Europa und die Partnerländer.

europäischen Außenbeziehungen, insbesondere die europäische Politik gegenüber Afrika sowie das Engagement neuer Akteure in der Entwicklungspolitik und deren Rückwirkungen auf Europas Entwicklungspolitik.

Reform EU-Mitgliedsstaaten
 globale Netzwerke **Europa**
 Strukturpolitik
 Außenbeziehungen **Lissabon**
 EU-Kommission
 EU-Memorandum



Durchlässigkeit
Grenzen
Nachhaltigkeit
Verantwortung
Wachstum
Zwang
Habitat

Die Land-Art-Installation „Hanging Trees“ des Künstlers Andrew Goldsworthy
im Yorkshire Sculpture Park (2009).

Aid Effectiveness: Wie ist es um die internationale Reformagenda bestellt?

Wie wirksam ist die internationale Entwicklungszusammenarbeit (EZ)? Diese Frage gewinnt angesichts verknappter Haushaltsmittel und ernüchternder Befunde aus der Vergangenheit weiter an Relevanz.

Um die Effektivität der EZ zu erhöhen, hat sich das Augenmerk in den letzten Jahren vor allem auf die Reform von Instrumenten und Verfahren der EZ gerichtet. Mehr Harmonisierung, eine weniger fragmentierte Geberlandschaft gepaart mit mehr Transparenz und Wirkungskontrolle soll die Effektivität auf der Geberseite stärken. Von den Nehmerländern wird im Gegenzug mehr entwicklungsorientierte Eigenverantwortung verlangt; nicht zuletzt um EZ-Organisationen auf gemeinsames, an den Prioritäten der Partner ausgerichtetes Handeln verpflichten zu können.

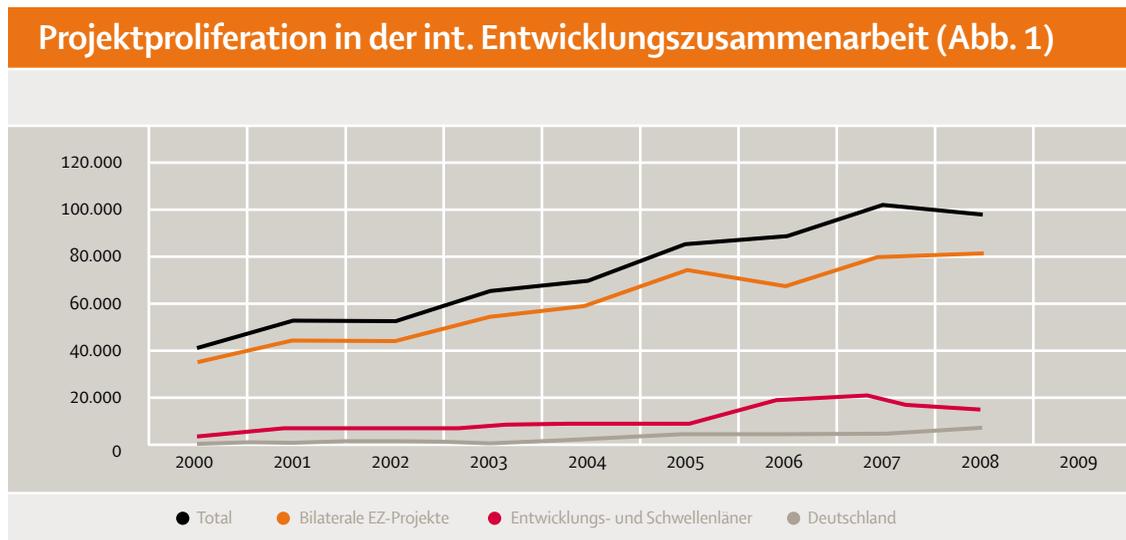
Eine der Kernkompetenzen des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) ist es, diese Reformagenda bzw. deren Umsetzung auf Grundlage wissenschaftlicher Analysen zu beurteilen und hieraus strategische

Empfehlungen abzuleiten. Dies geschieht etwa in dem von Jörg Faust und Susanne Neubert 2010 beim Nomos-Verlag herausgegebenen und maßgeblich von DIE-Autoren verfassten Sammelband „Wirksamere Entwicklungspolitik“. Trotz der Vielfalt der Einzelanalysen besteht Konsens darin, dass sowohl die Defizitanalyse wie auch die Grundausrichtung der Paris-Agenda von 2005 und des Accra-Aktionsplans von 2008 in die richtige Richtung weisen. Ohne stärkere Harmonisierung und internationaler Arbeitsteilung seitens der Geber, ohne Aufwertung der Wirkungsevaluierung und mehr Transparenz in der Entwicklungszusammenarbeit sind Effektivitätsgewinne kaum zu erreichen. Gleichzeitig zeigen die Untersuchungen, wie schwierig die Reform der über Jahrzehnte entstandenen Strukturen der internationalen EZ ist.

Die Koordination und Harmonisierung von Verfahren und Instrumenten erweist sich vielfach als zeit- und damit kostenintensiv und verhartet noch zu oft auf der

Die zunehmende Proliferation von Projekten produziert erhebliche Transaktionskosten auf der Partnerseite und belastet die Verwaltungsstrukturen in Empfängerländern oftmals

stark. Wie die Abbildung zeigt, hat jedoch trotz der Thematisierung dieses Problems auf internationaler Ebene noch keine Trendwende eingesetzt



Ebene des Informationsaustausches und der sporadischen Zusammenarbeit. Auch die Arbeitsteilung zwischen den Gebern schreitet allenfalls im EU-Kontext – und auch dort nur langsam – voran. Wie Abb. 1 zeigt, ist es bislang nicht hinreichend gelungen, die Projektproliferation in der EZ einzudämmen. Partnerländer sehen sich daher weiterhin hohen Koordinationskosten ausgesetzt.

Die Herausforderungen für die internationale EZ lassen sich auch an der Budgethilfe illustrieren, dem Instrument, das am stärksten mit der skizzierten Reformagenda in Verbindung gebracht wird. Im Auftrag des BMZ zeigte ein Team des DIE in einem internationalen Evaluierungsprojekt, wie schwer es bilateralen Gebern oft fällt, sich bei der Budgethilfe auf einheitliche Konditionalitäten, abgestimmte Auszahlungsmodi und ein gemeinsames Monitoring-System zu verständigen. Ein wesentlicher Grund hierfür sind unterschiedliche politische Einschätzungen in den

Geberländern zur Anwendung von Budgethilfe. Diese Uneinigkeit der Geber wirkt sich hemmend auf die Kooperations- und Koordinationsfähigkeit der operativen Einheiten vor Ort aus und untergräbt die Glaubwürdigkeit gemeinsamen Vorgehens gegenüber der Partnerregierung. Wenn Harmonisierung ernst gemeint ist, dann muss sie auch in den Hauptstädten der Geberländer gelebt werden, sonst kann Budgethilfe ihr Potential als harmonisiertes, Partnerstrukturen stärkendes und Reform begünstigendes Instrument kaum entfalten.

Zusätzlich erschwert wird die angestrebte Harmonisierung durch die steigende Anzahl von Gebern. Eingebettet in einer internationalen Forschergruppe zur Zukunft der europäischen Entwicklungspolitik, beschäftigen sich eine ganze Reihe von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des DIE mit diesem Trend. Dabei wird deutlich, so Sven Grimm, dass zunehmend global einflussreiche Entwicklungsländer

wie China, Indien oder Brasilien aber auch große private Stiftungen nicht einfach die existierenden, zumeist vom OECD-Entwicklungsausschuss (*Development Assistance Committee* – DAC) erarbeiteten Standards für die internationale EZ übernehmen.

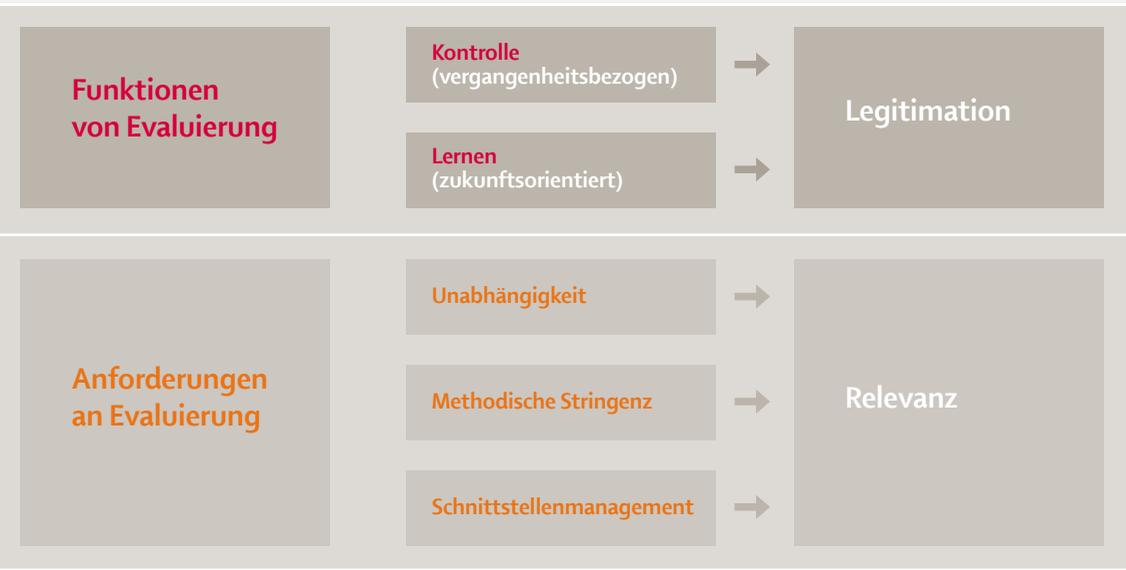
Damit eröffnet sich eine paradoxe Situation: Einerseits herrscht weitgehend Konsens darüber, dass die internationale EZ einen ordnungspolitischen Rahmen benötigt, der klare Spielregeln bietet und effektivitätsmindernde Sonderinteressen auf Geber- wie auf Empfängerseite einhegt. Gleichzeitig besteht ein internationales Regelwerk zur ordnungspolitisch angemessenen Gestaltung der EZ nur in Ansätzen – trotz der Vielzahl von Organisationen, die sich auf internationaler Ebene der EZ widmen.

Doch gibt es auch Erfolge bei Reformbemühungen. In einem Gutachten eines unabhängigen Evaluierungsteams des DAC zu Japan wird die Zusammenlegung der dortigen finanziellen und technischen Zusam-

menarbeit gewürdigt. Der Bericht der internationalen Gutachtergruppe, der auch Guido Ashoff angehörte, bescheinigt der Reform eine rasche Senkung der Transaktionskosten im japanischen System und – wichtiger noch – eine deutliche Reduktion der Koordinationskosten für die japanischen Partnerländer.

Auch im Bereich der Wirksamkeitsmessung sind Fortschritte erkennbar, zumindest was den methodischen Anspruch und die Unabhängigkeit von Evaluierung anbelangt. So steigt international die Anzahl an Evaluierungen, die mittels rigoroser Evaluierungsverfahren Wirkungen developmentspolitischer Maßnahmen identifizieren und daraus wertvolle Schlüsse für Verbesserungen ziehen können. In diesem Zusammenhang hat Melody Garcia im Rahmen eines vom BMZ in Auftrag gegebenem Forschungsprojekt zu Evaluierungsmethoden eine Toolbox entwickelt, die Praktikern Hinweise gibt, welche Evaluierungsmethoden bei der Bewertung von Interventionen zur Förderung guter

Evaluierung in der Entwicklungszusammenarbeit (Abb. 2)



Quelle: Eigene Darstellung

Regierungsführung angemessen sind – ein wichtiger, aber schwierig zu evaluierender Themenbereich.

Zentrale Funktionen von Evaluierung sind vergangenheitsbezogene Kontrolle und zukunftsbezogenes Lernen; Unabhängigkeit und die Nutzung komplexer Methoden allein reicht dafür nicht aus. Genauso wichtig ist ein funktionierendes Schnittstellenmanagement zwischen Evaluierungs- und Durchführungseinheiten und die wissenschaftlich geleitete Weiterentwicklung der eingesetzten Methoden. Auch hier herrscht – ähnlich wie für die zu evaluierende EZ selbst – auf inter-

nationaler Ebene oft noch eher Wildwuchs als strategische Systematik.

Letztlich wird nur eine stärker harmonisierte internationale Entwicklungszusammenarbeit unter Einbeziehung aller wesentlichen Geber effektiv sein und als globales öffentliches Gut fungieren. Damit dies geschieht, brauchen wir ein stärkeres internationales Regime mit ordnungspolitischem Charakter. Gelingt dies nicht, wird die internationale EZ weitgehend wirkungslos oder aber von anderen Politikfeldern instrumentalisiert.

Jörg Faust und Stefan Leiderer

Jörg Faust, promovierter Politikwissenschaftler, leitet die Abteilung „Governance, Staatlichkeit, Sicherheit“. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten zählen die politische Ökonomie der Entwicklungszusammenarbeit, Demokratisierungsprozesse und Demokratieförderung, Dezentralisierung sowie Methoden der Evaluierung.

Stefan Leiderer ist Ökonom und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung „Bi- und multilaterale Entwicklungspolitik“. Er arbeitet zu öffentlichen Finanzen in Subsahara-Afrika, neuen Modalitäten der Entwicklungszusammenarbeit und Methoden der Wirkungsevaluierung.

Effektivität der
Entwicklungszusammenarbeit
Geberharmonisierung
Evaluierung Geberkoordinierung
Governance
Internationale Entwicklungspolitik
Projektproliferation

Fragile Staatlichkeit in Nachkriegsgesellschaften

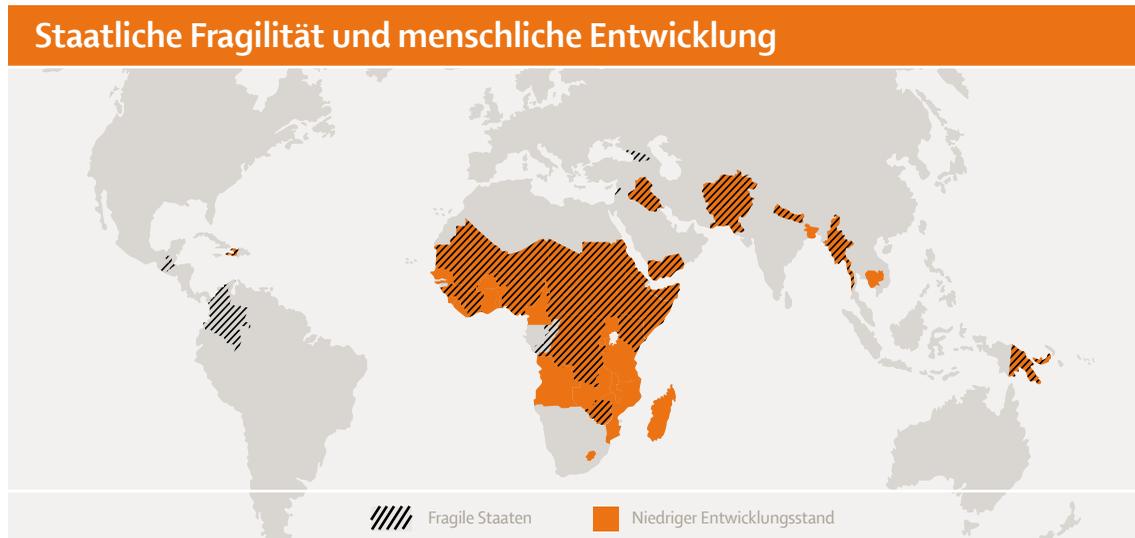
Gewaltkonflikte, vor allem Bürgerkriege, sind weiterhin eines der größten Entwicklungshemmnisse, insbesondere in Afrika, wo manche Konflikte schon seit Jahrzehnten andauern. Doch wie geht es nach einem Bürgerkrieg weiter? Gewaltkonflikte hinterlassen nicht nur Tote und Verletzte, sondern auch Hass und Misstrauen, die einer Versöhnung im Wege stehen, sowie eine zerstörte Infrastruktur, die die wirtschaftliche Erholung hemmt. Oftmals entsteht ein weiterer, „öffentlicher“ Schaden: fragile Staatlichkeit. Mit diesem Begriff wird auf die mangelnde Handlungsfähigkeit vieler Regierungen hingewiesen: Sie verfügen über keine leistungsstarke Verwaltung, und selbst die grundlegendsten staatlichen Aufgaben – wie die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung – können sie nicht garantieren.

Die verheerenden Folgen solcher Staatschwäche – korrupte Behörden, kein Schutz vor Kriminalität, schlechte Gesundheitsversorgung, versagendes

Rechtssystem – machen deutlich: Zwar ist der Staat allein kein Garant für gelingende Entwicklung – aber ohne einen funktionierenden Staat sind die meisten Entwicklungsbemühungen langfristig zum Scheitern verurteilt. Doch in welchen Ländern ist der Staat zu schwach, um Entwicklung zu befördern und externe Hilfe effektiv zu nutzen? Fragilitätsindizes versuchen, diese Frage zu beantworten. Sie messen, inwieweit Staaten ihren Aufgaben nachkommen. Dass diese Messung nicht einfach ist, zeigt der von Sebastian Ziaja in Kooperation mit Javier Fabra vom *Oslo Governance Center des United Nations Development Programme (UNDP)* erstellte „*Users’ Guide on Measuring Fragility*“: Ein derart komplexes und uneinheitlich definiertes Konzept wie „Fragilität“ in Zahlen zu übersetzen, birgt viele methodische Probleme. Dennoch ist die Messung eine unabdingbare Voraussetzung für ein besseres Verständnis der Ursachen und Folgen von fragiler Staatlichkeit –

Von den 50 Staaten mit dem niedrigsten Entwicklungsstand hat die Hälfte Schwierigkeiten, das Gewaltmonopol und grundlegende Verwaltungsstrukturen aufrechtzuerhalten. Dagegen sind nur wenige Staaten mit mittlerem oder

höherem Entwicklungsstand in diesem Sinne fragil. Der genaue Kausalzusammenhang, der diesem Muster zugrunde liegt, ist allerdings noch nicht ausreichend erforscht.



Daten: Bertelsmann Transformation Index 2010; UNDP Human Development Report 2009

und damit auch für das Nachdenken über geeignete entwicklungspolitische Maßnahmen.

Was kann man tun, um fragile Staaten zu handlungsfähigen Partnern in der Entwicklungspolitik zu machen, und ihren Rückfall in den Bürgerkrieg zu verhindern? Kann von externen Akteuren gesteuerter Staatsaufbau überhaupt funktionieren? Oder sollten sich die westlichen Geberländer auf die Unterstützung von Friedensbemühungen beschränken, ohne sich in die Errichtung nationaler Institutionen einzumischen? Das wichtigste Gremium der Geberländer, um derartige Fragen zu diskutieren, ist der Entwicklungsausschuss der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Seit 2009 befassen sich dort im Internationalen Netzwerk zu Konflikt und Fragilität (*International Network on Conflict and Fragility* – INCAF) Experten aus den wichtigsten Geberinstitutionen mit dem Problem, wie die Perspektiven von Friedensförderung (*Peacebuilding*)

und Staatsaufbau (*Statebuilding*) zusammengebracht werden können. Während der Ansatz der Friedensförderung traditionell die Rolle der Zivilgesellschaft in den Vordergrund stellte, wurde Staatsaufbau lange als *Top-down*-Konzept verstanden, um Gesellschaften allein durch Reformen staatlicher Institutionen neu zu ordnen. Demgegenüber zeigen Jörn Grävingholt, Stefan Gänzle und Sebastian Ziaja in einer DIE-Analyse, dass sich in wichtigen OECD-Strategiepapieren die Positionen in den letzten Jahren deutlich angenähert haben. Beide Ansätze betonen mittlerweile die notwendige Verknüpfung von Gesellschaft und Staat.

Eine weitere Gemeinsamkeit fällt auf: Die in den 1990er Jahren übliche Orientierung am Nahziel einer liberalen Demokratie ist einer größeren Zurückhaltung gewichen. Stattdessen beginnt sich als primäres Ziel externer Intervention in fragilen Staaten das Konzept der *Resilience* durchzusetzen. Gemeint ist ein Gefüge von staatlichen Institutionen und ihren Beziehungen

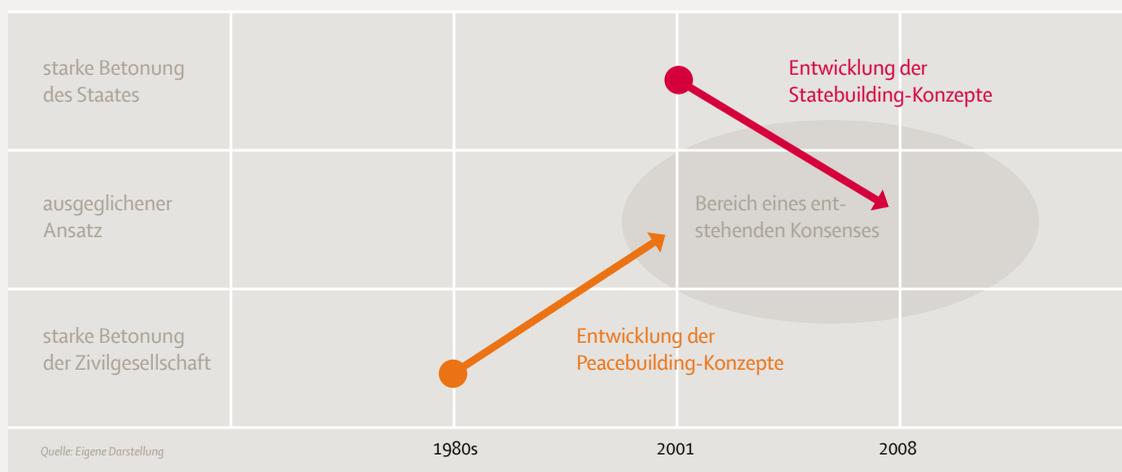
zur Gesellschaft, das durch Anpassungsfähigkeit und die ausreichende Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung gekennzeichnet ist und so Konflikte gewaltfrei einhegt und dauerhaft handlungsfähig ist. Zwar wird Demokratie weiterhin als beste Voraussetzung für *Resilience* und damit als wünschenswertes Fernziel betrachtet. Dass „Demokratie sofort“ in jedem Fall die beste Lösung ist, wird dagegen bezweifelt.

Wenn aber nicht Demokratie, an welchem Leitbild soll sich externe Unterstützung für Friedens- und Wiederaufbauprozesse dann orientieren? Im INCAF wird in jüngster Zeit diskutiert, ob nicht die Herstellung einer „politischen Übereinkunft“ der konkurrierenden Einflussgruppen eines Landes über Grundfragen der politischen Ordnung das zentrale unterstützenswerte Nahziel sein sollte. Eine Studie zu „*Political Settlements in Peacebuilding and State Building*“, die Jörn Grävingholt in Kooperation mit dem kanadischen

Politikwissenschaftler Stephen Brown im Auftrag des INCAF erstellt hat, kommt jedoch zu einem verhaltenen Schluss. Eine verstärkte Aufmerksamkeit für die jeweiligen Bedingungen einer politischen Übereinkunft ist zwar zu begrüßen, um externe Interventionen kontextadäquater zu gestalten. Dennoch bleibt das Konzept des *Political Settlement* ein rein formales, und damit kein hinreichendes Kriterium für eine unterstützenswerte politische Ordnung: Schließlich können auch repressive Regime und ausbeuterische Regierungen auf der stabilen politischen Übereinkunft wesentlicher Einflussgruppen gegründet sein.

Sollte also doch Demokratie das Nahziel bleiben? Und lässt sich dies mit externer Förderung wirksam erreichen? Bisherige Erfahrungen mit Demokratieförderung lassen an der Machbarkeit von außen zweifeln, wie die DIE-Stellungnahme „Demokratieförderung: kein Ende der Geschichte“ von Jörn Grävingholt, Julia Leininger und Oliver Schlumberger feststellt.

Die Entwicklung von *Peacebuilding* und *Statebuilding* im Zeitverlauf



Peacebuilding und *Statebuilding* werden oft als inkompatibel dargestellt. Eine Analyse der OECD-Strategiepapiere zeigt jedoch, dass sich die beiden Konzepte in den letzten Jahren

von der einseitigen Betonung gesellschaftlicher oder staatlicher Akteure verabschiedet und einander angenähert haben.

So wurden die Erfolgsfälle in Mittel- und Osteuropa in den 1990er Jahren wohl stärker von der EU-Beitrittsperspektive als von expliziten Förderprogrammen beeinflusst. Wie der Masse der armen Entwicklungsländer beim Übergang zur Demokratie effektiv geholfen werden kann, ist noch immer unzureichend erforscht. Eine Forschergruppe am DIE wird sich dieser Fragestellung mit detaillierten Fallstudien und statistischen Länder-

vergleichen nähern und dabei insbesondere Nachkriegssituationen in den Blick nehmen, denn hier stehen die Chancen für politische Reformen gut. Zugleich ist aber auch das Risiko des Wiederaufflammens eines Konfliktes in solchen Situationen besonders hoch. Die Entwicklungszusammenarbeit müsste daher die möglichen Folgen ihres Engagements präzise einschätzen können. Doch bis dahin ist es noch ein weiter Weg.

Jörn Grävingholt und Sebastian Ziaja

Die Autoren sind wissenschaftliche Mitarbeiter in der Abteilung „Governance, Staatlichkeit, Sicherheit“ des DIE. Sie arbeiten zu Demokratieförderung und fragiler

Staatlichkeit. Jörn Grävingholt ist Mitglied im Beirat „Zivile Krisenprävention“ der Bundesregierung. Sebastian Ziaja promoviert an der *University of Essex*.

Resilience
 Demokratieförderung
 Fragile Staaten
 Politische Übereinkünfte
 Institutionen
 Gewaltkonflikte
 Staatsaufbau
 Friedensförderung

Globale Normen für einen nachhaltigen Staudammbau – und kein Ende der Debatte

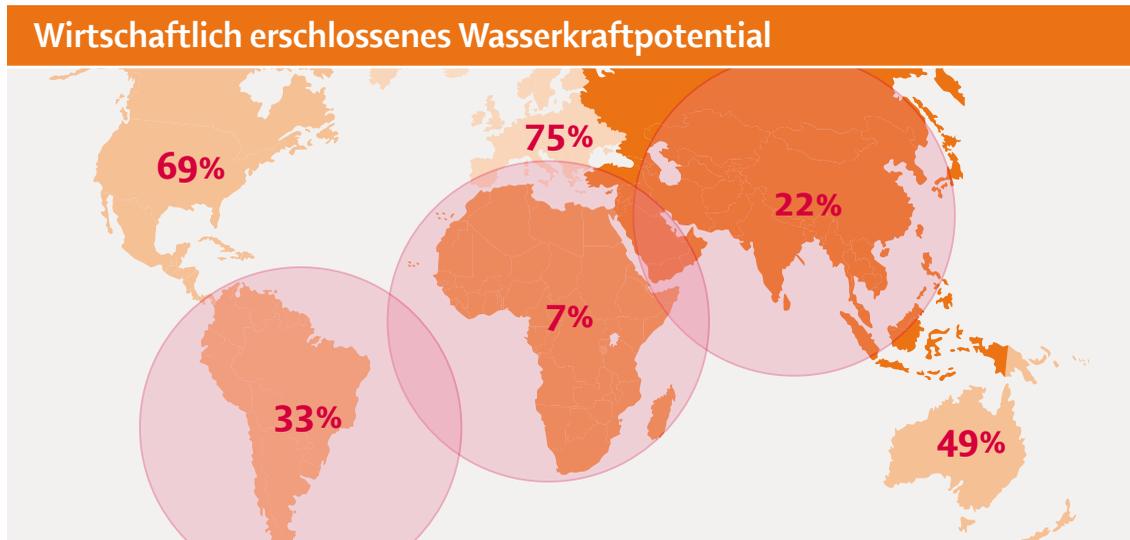
Im Vorfeld der Kopenhagener Klimakonferenz 2009 brachten dänische Wissenschaftler es auf den Begriff: „If mitigation of climate change is about energy, then adaptation to climate change is about water.“ Und man könnte fortfahren und behaupten, dass der Bau von Staudämmen beiden Zielen – Vermeidung und Anpassung – dienen kann: Wasserkraft spielt in vielen Ländern eine herausragende Rolle für eine kohlendioxidarme Stromerzeugung und Staudämme sind zentrale Elemente bei der Vorratshaltung von Wasser und der Hochwasserkontrolle. Beispielhaft dafür steht China, das bis 2020 seinen Kohlendioxidausstoß drastisch verringern will und „dafür alle zwei Jahre ein Drei-Schluchten-Projekt (braucht)“, so der chinesische Präsident der *International Commission on Large Dams*. Die anhaltende Dürre 2010 im Südwesten Chinas betraf mehr als 60 Mio. Menschen und zog acht Mio. Hektar Ackerfläche in Mitleidenschaft. Dem hätte man möglicherweise mit einer größeren Staukapazität begegnen können.

Allerdings ist keine andere Infrastruktur wegen ihrer Folgen für Mensch und Umwelt so in die Kritik geraten wie große Stau- und Wasserkraftanlagen. Erst nach heftigen Debatten hatte IRENA, die *International Renewable Energy Agency*, große Wasserkraft als erneuerbare Energiequelle eingestuft.

Die Weltstaudammkommission (WCD) forderte vor zehn Jahren in ihrem Bericht „Staudämme und Entwicklung“ ein radikales Umdenken. Der „Neue Rahmen zur Entscheidungsfindung“ sollte die jahrelangen Auseinandersetzungen um Nutzen und unzumutbare Schäden von großen Staudämmen auf eine neue Grundlage stellen. Die Kommission wollte dazu beitragen, die Polarisierung der Gegensätze zwischen Befürwortern und Gegnern zu überwinden: Für die Modernisierer waren und sind Staudämme die „neuen Tempel“ (Jawaharlal Nehru) oder die „modernen Pyramiden“ (Gamal Nasser); für die Kritiker dagegen stehen sie für all das, was an der Modernisierung nur falsch laufen konnte.

Nach einer Einschätzung der International Hydropower Association sind nur 33 Prozent des weltweiten Wasserkraftpotenzials erschlossen. Mit nur 7 Prozent bildet der afrika-

nische Kontinent das Schlusslicht, während 33 Prozent in Südamerika, 69 Prozent in Nordamerika und 75 Prozent in Europa genutzt werden.



Quelle: International Hydropower Association

Es war aber vor allem das Konstrukt „Weltstaudammkommission“ und der von ihr organisierte Prozess, der als Prototyp eines neuen globalen Politikprozesses gepriesen wurde. In der WCD waren hochrangige Personen des öffentlichen Lebens und prominente Fachleute, aber keine Regierungen vertreten. Die Kommission hatte einen weit reichenden Einfluss auf den internationalen Diskurs (obwohl ihr Mandat mit der Veröffentlichung des Berichts endete und sie sich auflöste), aber einen geringen auf die Regierungen der Länder mit großen Wasserkraftpotenzialen wie Brasilien, China, Indien, die Türkei, aber auch Nepal und Äthiopien. Diese reagierten harsch auf die WCD-Empfehlungen, die sie in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung und ihrer Klimapolitik behinderten.

Die zentralen Werte wie Gerechtigkeit, Effizienz, partizipative Entscheidungsfindung, Nachhaltigkeit und Rechenschaftspflicht, auf die sich die Kommission verständigte, boten wenig Angriffsfläche. Die WCD

nahm damit Bezug auf andere internationale Normen (z. B. Menschenrechte, Rechte indigener Völker), Verfahrensregeln (Zugang zu Information, Partizipation) und Regime zum Schutz von Umweltgütern (Klima, Biodiversität). Zentrale Kritikpunkte waren und sind die strategischen Prioritäten und vor allem ihre sehr detaillierten 26 Richtlinien, die von manchen Nichtregierungsorganisationen apodiktisch verstanden und eins zu eins eingeklagt werden – und zwar von den Regierungen, die man aus dem Prozess herausgehalten hatte.

Ein Blick auf einige aktuelle Zeitungsberichte zeigt, dass die Debatte über Staudämme noch lange nicht beendet ist.

Der Bau des Wasserkraftwerks Belo Monte am Rio Xingu, einem Amazonaszufluss, wurde von der brasilianischen Umweltbehörde an die bisher strengsten Auflagen geknüpft. Dennoch kündigten in der Region ansässige Indio Stämme an, ihren Fluss zu verteidigen

und den Bau notfalls auch gewaltsam zu verhindern.

Der geplante Bau von sechs großen Talsperren am Nil in Äthiopien belastet die Beziehungen zu Ägypten, das nach der Inbetriebnahme eines äthiopischen Wasserkraftwerks die Zusammenarbeit mit Äthiopien mehr oder weniger auf Eis legte. Zusammen mit Uganda, Ruanda, Tansania and Kenia stellt Äthiopien zudem den ägyptisch-sudanesischen Vertrag von 1959 in Frage, der Ägypten und dem Sudan mehr als 80 % des Nilwassers – und ein Vetorecht gegenüber Vorhaben der Oberanliegerstaaten – zugesteht.

Gegen die in Hessen ansässige Lahmeyer International GmbH liegt eine Strafanzeige bei der Frankfurter Staatsanwaltschaft vor. Ihren Führungskräften wird Nötigung und Sachbeschädigung vorgeworfen, da sie mit der Flutung des Merowe Stausees im Sudan begonnen habe, obwohl die Umsiedlung noch nicht abgeschlossen gewesen sei. Der Fall Lahmeyer International könnte der erste Fall werden, bei dem ein deutsches

Gericht ermittelt, ob die Firma wirtschaftliche und soziale Rechte in einem Entwicklungsland missachtet hat.

Viele Entwicklungsländer setzen auf Wasserkraft in ihrem Energiemix und ihren Anpassungsstrategien an den Klimawandel, auch um sich von Öl- und Erdgasimporten unabhängiger zu machen. Es ist aber vor allem Afrika, das von der Wasserkraft profitieren kann: Nur etwa ein Fünftel der Haushalte sind elektrifiziert und in mehr als 30 afrikanischen Ländern sind Stromausfälle chronisch, da bisher nur etwa 7 % des Wasserkraftpotenzials genutzt werden.

Wasserkraft kann zur Entwicklung beitragen, wenn die negativen Auswirkungen auf Umwelt und Menschen minimiert werden. Einen zentralen Stellenwert haben dabei faire Entschädigungspraktiken und partizipative Umsiedlungsplanungen – zumindest in dieser Hinsicht herrscht Einigkeit zwischen den Befürwortern und den Gegnern der WCD.

Alternative Optionen für die Nutzung des Tigris

Zwei internationale Finanzierungskonsortien hatten in den letzten Jahren ihre Zusagen für den Bau des Ilisu-Staudamms am Tigris (Südosttürkei) zurückgezogen, da weder die Umwelt noch die Umsiedlungsplanung internationalen Standards entsprochen hatte. Wissenschaftler der Middle East Technical

University (METU) haben nun auf der Grundlage offizieller Daten eine Alternative ausgearbeitet: mit nur unwesentlich höheren Kosten wird mehr Strom produziert, das Jahrtausend alte Kulturgut Hasankeyf muss nicht überflutet werden und mindestens 7.500 Menschen bleibt eine Umsiedlung erspart.

	Offizielle von der Wasserbehörde favorisierte Bauoption	Alternativvorschlag der METU Ankara (Yalcin&Tigrek 2010)
Anzahl	1 Staudamm am Tigris	5 Staudämme an Tigris und Nebenflüssen
Installierte Leistung	1.200 MW	878 MW
Stromproduktion	~3.000 GWh/Jahr	~3.100 GWh/Jahr
Stauseeoberfläche	321,4 km ²	Insgesamt 235,3 km ²
Dammhöhe	130 m	59 m, 63 m, 68 m, 71 m, 73 m
Gesamtkosten	1,85 Milliarden Euro	1,89 Milliarden Euro

Quelle: Yalcin & Tigrek, Investigation of Alternative Solutions to Ilisu Dam and HEPP, Ankara (2010)

Das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) hat in Brasilien, China, Indien und der Türkei untersucht, ob internationale Umwelt- und Sozialstandards wie die der Weltbank oder der WCD zur Anwendung kommen und welche Akteure sowohl die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen als auch die substantiellen gesetzlichen Regeln entscheidend beeinflussen und verändern konnten. Im Ländervergleich zeigte sich, dass interne Lernprozesse die entscheidenden Impulse gaben. Auflagen der Geber zeigten Wirkung

bei einzelnen Projekten, veränderten aber nicht die politischen Spielregeln und umweltpolitischen Kapazitäten.

Nachhaltiger Staudammbau bleibt eine große Herausforderung für die Entwicklungszusammenarbeit – aber nicht nur für sie. Das wirtschaftliche und politische Engagement neuer Akteure, allen voran Chinas, aber auch von transnationalen Netzwerken und transnationalen Unternehmen hat eine Dynamik entfaltet, mit der sich eine fortgesetzte kritische Beschäftigung lohnt.

Waltina Scheumann

Waltina Scheumann, Politikwissenschaftlerin und Dr.-Ing., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung „Umweltpolitik und Ressourcenmanagement“. Sie arbeitet zu wasserpolitischen Themen im Allgemeinen und u. a. zu Kooperation an grenzüberschreitenden Gewässern,

Governance von landwirtschaftlichen Be- und Entwässerungssystemen sowie Dezentralisierungsoptionen in der Siedlungsabwasserwirtschaft. Sie leitet das vom BMZ finanzierte Forschungsprojekt „Sustainable Dam Development in Brazil, China, India and Turkey“.

Staudämme
 Ziviler Protest globale Foren nationale Lernprozesse
 Umweltfolgenabschätzung
 faire Entschädigung Wasserkraft
 Entwicklungspotential
 Umsiedlungsplanung Globale Normen vs. lokale Interessen

Gratwanderung
Zielstrebigkeit
Absturz
Grenzenlos
Selbstbewußtsein
Himmelsstürmer

Die Skulptur „Man walking to the sky“ („Himmelsstürmer“) des amerikanischen Künstlers Jonathan Borowsky vor dem Kasseler Kulturbahnhof (2002).



Das DIE-Postgraduierten Programm: Optimale Vorbereitung für ein spannendes Berufsfeld

Das Postgraduierten-Programm am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) gehört zu den traditionsreichen und renommierten Kernaufgaben des Instituts. Hier werden zukünftige Führungskräfte für die deutsche und internationale Entwicklungszusammenarbeit vorbereitet, indem sie sich intensiv mit strategischen Themen globaler Zukunftsfähigkeit sowie mit der praktischen Entwicklungspolitik auseinandersetzen. Führungskompetenz wird am DIE in Anlehnung an Joseph Nye's Buch „*The Powers to Lead*“ von 2008 als die Fähigkeit verstanden, eine Gruppe bei der Formulierung und Umsetzung gemeinsamer Ziele zu unterstützen. In dem interdisziplinären Kurs von zwanzig Teilnehmenden pro Jahr geht es um die Erweiterung der praxisrelevanten Wissensgrundlagen sowie um die Aneignung von interkulturellen und sozialen Kompetenzen wie Werteorientierung, Toleranz, Teamfähigkeit und Empathie. Ein wichtiges Lernziel ist die Befähigung zur Analyse komplexer Problemstellungen sowie zur Formulierung sektorübergreifender, systemischer Lösungsstrategien.

Ein zentraler Teil des Postgraduierten-Programms sind die „Länderarbeitsgruppen“ (LAGs) unter der Leitung einer wissenschaftlichen Mitarbeiterin bzw. eines wissenschaftlichen Mitarbeiters des DIE. Während des dreimonatigen Untersuchungsvorhabens in einem Entwicklungsland arbeiten die Teilnehmenden in Kleingruppen an einer forschungsrelevanten und beratungsorientierten Studie. Dabei wird mit Regierungsstellen, Wissenschaftseinrichtungen und gesellschaftlichen Gruppen sowie Experten vor Ort zusammengearbeitet.

Zwei LAGs des 45. Ausbildungsganges sollen hier herausgegriffen werden. Die von Stefan Leiderer geleitete LAG zum Thema „Budgethilfe und Reform der öffentlichen Finanzen in Sambia“ hat das Potential für Effizienzsteigerungen bei der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen in den Sektoren Bildung, Gesundheit und Straßenbau in Sambia untersucht. Auf der Grundlage ihrer Ergebnisse hat die LAG Empfehlungen für die sambische Regierung und die Gebergemeinschaft formuliert und Schlussfolgerungen für

Die Länderarbeitsgruppen des 45. und 46. Ausbildungsgangs

Sambia:

Effiziente Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen auf lokaler Ebene in Sambia

Sambia: Landwirtschaftliche Entwicklung in Sambia – Anpassungsoptionen an den Klimawandel und an ökonomische Schocks

Ruanda: Herausforderungen in der Veränderung der gegenwärtigen Geberstruktur – „neue“ und „alte“ Geber in Ruanda

Südafrika: Soziale Unternehmensverantwortung (CRS) und Black Economic Empowerment (BEE) in Südafrika



Chile:

Auswertung der Erfahrungen des deutsch-chilenischen Reformfonds

Mosambik: *Accountability* in Mosambik: Herausforderungen und Chancen für die Entwicklungszusammenarbeit

Uganda:

Strukturwandel der Mikrofinanzierung in Uganda

Peru:

Entwaldung mit Wald-Degradation im peruanischen Amazonasgebiet

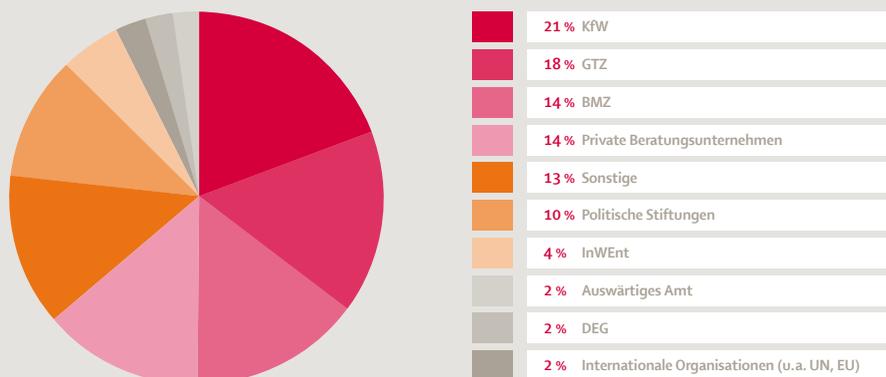
das kurzfristige Potential zur Steigerung der Wirksamkeit von Budgethilfe gezogen. Die Studie leistet einerseits einen Beitrag zur aktuellen Debatte über Budgethilfe und Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit; Sambia bietet sich als Pilotland für die Harmonisierung auf Geberseite für eine solche Untersuchung besonders an. Andererseits war diese LAG zugleich auch Teil einer Evaluierung der Budgethilfe in Sambia, an dem das DIE im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zusammen mit dem niederländischen Außenministerium und der KfW Entwicklungsbank beteiligt ist.

Einen anderen Aspekt der Koordinierung hat die LAG unter der Leitung von Sven Grimm zum Thema „Herausforderungen in der Veränderung der gegenwärtigen Geberstruktur – neue und alte Geber in Ruanda“ bearbeitet. Aufstrebende Entwicklungsländer wie China, Indien, Brasilien oder Südafrika haben in den letzten Jahren ihre Unterstützungsprogramme deutlich ausgeweitet und tragen mittlerweile

geschätzte 10 % zu den globalen Entwicklungstransfers bei. Die LAG-Studie bearbeitet die Frage, wo Kooperationsmöglichkeiten zwischen „traditionellen“ und „neuen“ Gebern liegen und wie die ruandische Regierung die Beiträge am besten für die Entwicklung Ruandas nutzen kann. Innovativ an dieser LAG war auch die enge Zusammenarbeit mit einem chinesischen Forschungsteam. Wissenschaftler von der *Chinese Academy of Social Science* waren mit dem *Institute of Policy Analysis and Research* in Ruanda an Konzeption und Durchführung der Feldstudie beteiligt. Es wurde deutlich, dass China seine Hilfe an Ruanda als ausschließlich bilaterale Angelegenheit sieht und sich daher – anders als Deutschland – nicht an den nationalen Gremien zur Koordinierung der Entwicklungspartner beteiligt. Dies macht deutlich, dass es unterschiedliche Strategien und Modalitäten in der angewandten EZ gibt und welche Herausforderungen dies für das Partnerland mit sich bringt.

Jeanne Lätt und Thomas Fues

Berufseinstieg der DIE Absolventen (36.–45. Kurs)



Quelle: Eigene Darstellung

Welt im Wandel: Die *Global Governance School* legt Grundlagen für Dialog und Kooperation

Die internationale Finanzkrise und die folgenden Rettungsaktionen haben die Machtverschiebungen zwischen Industrieländern und aufstrebenden Ankerländern verdeutlicht und beschleunigt. Wir sind offensichtlich in eine multipolare Weltordnung eingetreten, in der die westlichen Industriestaaten nicht mehr allein entscheiden können. Ohne die Ankerländer kann es vom Welthandel über Klimaschutz bis zur Sicherheitsarchitektur keine Fortschritte bei der Bearbeitung der globalen Herausforderungen geben. Das deutlichste Anzeichen für die neue Weltordnung ist die aktive Rolle der Gruppe der zwanzig führenden Nationen (G-20), die auch Brasilien, China, Indien, Indonesien, Mexiko und Südafrika umfasst.

Die Staats- und Regierungschefs der 1999 geschaffenen G-20 repräsentieren zwei Drittel der Weltbevölkerung und rund 90 % der weltweiten Wirtschaftsleistung. Die Effektivität der G-20 und ihr Beitrag zu einer gerechteren und nachhaltigen *Global Governance*-Ordnung hängt nicht zuletzt von der Bereitschaft und Fähigkeit der beteiligten Staaten

zu kooperativem Handeln ab. Bisher bestimmen vor allem nationale Interessen die Beschlüsse der G-20; das globale Gemeinwohl und die Anliegen der ärmeren Entwicklungsländer bleiben außen vor.

Hier setzt die 2007 gegründete *Global Governance School* des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) an, die das DIE im Rahmen des Programms *Managing Global Governance* zusammen mit InWEnt im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung durchführt. Junge Führungskräfte aus Regierungsstellen, Forschungseinrichtungen und Nichtregierungsorganisationen werden für verantwortungsvolle Tätigkeiten in ihren Heimatländern zusätzlich qualifiziert. Stärker als je zuvor treffen Länder aufeinander, die nicht aus einem gemeinsamen historisch-kulturellen Erfahrungsschatz schöpfen können. Daher ist es wichtig, dass auch jenseits der etablierten internationalen Verhandlungskontexte Räume geschaffen werden, in denen Vertrauen aufgebaut werden kann.

Partnerländer des *Managing Global Governance*-Programms



Quelle: Eigene Darstellung

Neben den eingangs genannten Ankerländern nehmen an der *Global Governance School* auch Vertreterinnen und Vertreter aus Ägypten und Pakistan teil – muslimisch geprägte Länder, die in der G-20 unterrepräsentiert sind. In den Ausbildungseinheiten vertiefen die jeweils zwanzig Teilnehmenden ihr Wissen zu Fragen der globalen und regionalen Entwicklungs-, Wirtschafts- und Umweltpolitik. Im Dialog untereinander als auch mit deutschen und europäischen Vertreterinnen und Vertretern entwickeln sie interkulturelle Fähigkeiten und lernen den globalen Kontext in ihren alltäglichen Entscheidungen als angehende Führungskräfte mitzudenken. Teilweise werden die Lehrveranstaltungen gemeinsam mit dem DIE-Postgraduierten-Programm durchgeführt. Durch intensive Begegnung und häufig kontroversen Meinungsaustausch legt der Aufenthalt die Basis für die zukünftige Zusammenarbeit zwischen den Ankerländern, Deutschland und Europa. In der zweiten Jahreshälfte 2010 führt das DIE bereits die achte *Global Governance School* durch; das daraus gewachsene Partnernetz ist auch

für die Forschung am DIE von hoher Bedeutung.

Über die *Global Governance School* hinaus eröffnet das Netzwerk des *Managing Global Governance*-Programms Möglichkeiten zu intensiven und langfristigen Kooperationen mit zentralen Forschungseinrichtungen in den Ankerländern. Ausdruck dieser Partnerschaft sind eine Reihe von Forschungsprojekten, aber auch Publikationsprojekte, welche die Vielfalt der Positionen im Netzwerk spiegeln und Chancen wie Grenzen für eine kooperative Globalpolitik markieren. Anfang 2010 ist ein erster Sammelband bei *Anthem Press UK* zum Thema „*Power shifts and global governance: Challenges from South and North*“ erschienen. Die nächste Publikation zu den Ankerländern als „neue Geber“ wird ein weiteres Produkt der Kooperation. Bereits angelaufen ist ein internationales Forschungsprojekt, das sich mit den Handlungsmöglichkeiten und Verantwortlichkeiten der G-20 für globale Entwicklung befasst.

Axel Berger und Thomas Fues

Partnerinstitutionen des achten Kurses der *Global Governance School*

Ägypten:

Ministry of Electricity
Ministry of International Cooperation

Indonesien:

Bank Indonesia
Jember University (Faculty of Economics)

Brasilien:

ETHOS - Institute
Ministry of Foreign Affairs
Ministry of Environment

Mexiko:

Instituto Mora
Mexican Development Bank

China:

Chinese Academy of Social Sciences
Development Research Centre of the State Council
Ministry of Foreign Affairs

Pakistan:

Pakistan Institute of Development
Sustainable Development Policy Institute

Indien:

Administrative Staff College of India
Centre for Economic and Social Studies, Hyderabad,
Government of India (Home Affairs)

Südafrika:

South African Institute of International Affairs
University of Witwatersrand

Ausbildung zur Kauffrau / zum Kaufmann für Bürokommunikation

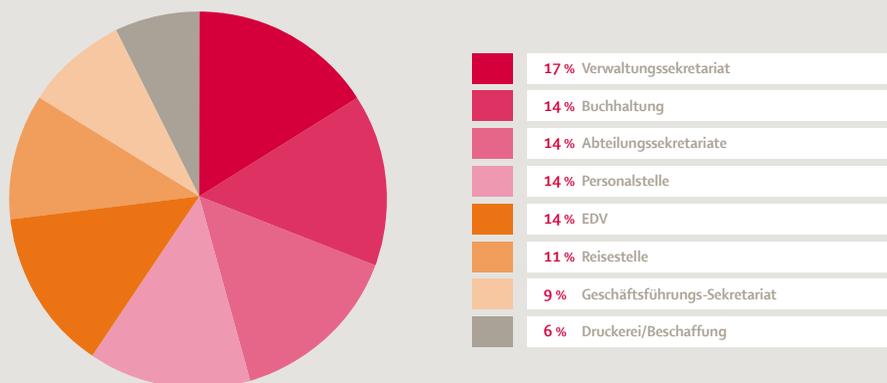
Der Bereich Ausbildung des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) umfasst nicht nur die Vorbereitung von jungen Hochschulabsolventen für Aufgaben in der Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen des Postgraduierten-Programms oder die Weiterbildung von internationalen Nachwuchsführungskräften in der *Global Governance School*. Nein, die Ausbildungsaktivitäten des DIE beinhalten auch die dreijährige Berufsausbildung zur Kauffrau bzw. zum Kaufmann für Bürokommunikation.

Dass zwischen Schul- und Arbeitsleben ein großer Unterschied liegt, haben wir von Anfang an geahnt. Diese Ahnung wurde bald bestätigt, denn bereits in der ersten Ausbildungswoche waren wir im Umgang mit englischsprachigen Kolleginnen und Kollegen gefordert. Aus unserer kleinen und überschaubaren Welt des Schulalltags kommend, fanden wir uns nun in einer von Internationalität und Professionalität geprägten Arbeitsatmosphäre wieder. Vor allem in den Gesprächen mit unseren Azubi-Kolleginnen und -Kollegen in der Berufsschule wird

uns immer wieder klar, unter welchen ungewöhnlichen Rahmenbedingungen wir am DIE arbeiten.

Die Entwicklung, die man als Auszubildender in kürzester Zeit am DIE durchläuft, ist erstaunlich. Kaum im Institut angekommen, kann es einem passieren, dass ein indischer Gastwissenschaftler mit Laptop-Problemen in der Tür des IT-Bereiches steht. Oder eine brasilianische Teilnehmerin der *Global Governance School* braucht Unterstützung beim Kopieren ihres Reisepasses, da das deutschsprachige Menü des Kopierers eine große Hürde darstellt. Sind die zuständigen Mitarbeiter mit anderen Aufgaben beschäftigt, sind wir als Azubis gefordert. Bei einer weiteren Gelegenheit fragte uns ein ägyptischer Gastwissenschaftler, welche Orte in Bonn besonders sehenswert seien. Dank unserer Ortskunde konnten wir ihm erklären, dass sich das DIE im ehemaligen Regierungsviertel befindet und auch das Haus der Geschichte, die Rheinaue sowie das Beethoven-Haus einen Besuch wert sind. Mit unseren Schul-Englischkenntnissen war das Gespräch für

Stationen der Berufsausbildung am DIE



Quelle: Eigene Darstellung

beide Seiten eine Herausforderung. Das Aufeinandertreffen mit Menschen verschiedenster Nationen und Kulturen ist für uns nicht immer einfach, macht aber andererseits das Besondere und Interessante unserer Tätigkeit am DIE aus. Denn speziell durch den Umgang mit den internationalen Kolleginnen und Kollegen und Gästen bekommt man Einblicke in deren Kulturen sowie ihre Lebens- und Arbeitsweisen, die sicher jetzt schon unseren Blick auf die Welt verändert haben.

Eine von vielen Eigenschaften, die die Mitarbeiter des DIE auszeichnet, ist die große Kollegialität untereinander. Neben der hohen fachlichen Kompetenz, die von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, egal ob im wissenschaftlichen oder nichtwissenschaftlichen Bereich, erwartet wird, ist insbesondere die Hilfsbereitschaft bemerkenswert. Vom ersten Tag an hatten wir das Gefühl, als gleichwertige Kollegin oder Kollege akzeptiert zu werden. Durch die Verbindung von theoretischen und praktischen Aufgaben und dem regelmäßigen Wechsel

zwischen den einzelnen Ausbildungsabschnitten ist die Arbeit während der Ausbildungszeit sehr abwechslungsreich, manchmal schwierig, aber immer interessant. Ein positives Ausbildungsklima, bestehend aus Konzentration und Leistungsbereitschaft auf der einen sowie Spaß auf der anderen Seite, ist die Folge.

Spannend bleibt die Ausbildung am DIE auch, weil oft Flexibilität und Spontaneität gefragt sind. So vertreten wir gelegentlich Mitarbeiter in den verschiedensten Bereichen und übernehmen die anstehenden Aufgaben soweit möglich in eigener Verantwortung. So müssen wir das Gelernte spontan anwenden und können zeigen, dass die Ausbildung Früchte trägt. Wir sind der festen Überzeugung, auf einem guten Weg zu sein und die Ausbildung mit Erfolg abzuschließen. Alle vorangegangenen Auszubildenden haben gezeigt, dass es möglich ist.

*Rebekka Hentschel, Sergej Lehmacher,
Daniel Sessink*

Internationales Umfeld

Berufsausbildung

Berufsschule

Arbeitsatmosphäre

Kauffrau/Kaufmann

Bürokommunikation

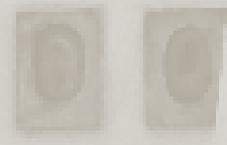
Herausforderung

Schul- und Arbeitsleben

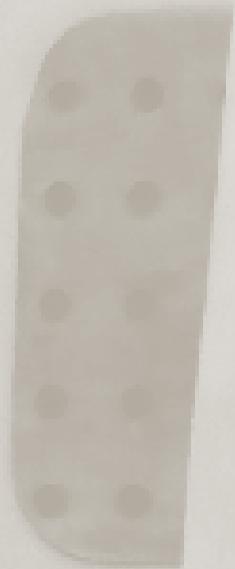


Handwritten text on the chest of the first statue.

Handwritten text on the chest of the second statue.



Handwritten text on the chest of the third statue.



Meditation
Freiheit
Denken Mut Kommunikation
Uniformität
Sprachlosigkeit

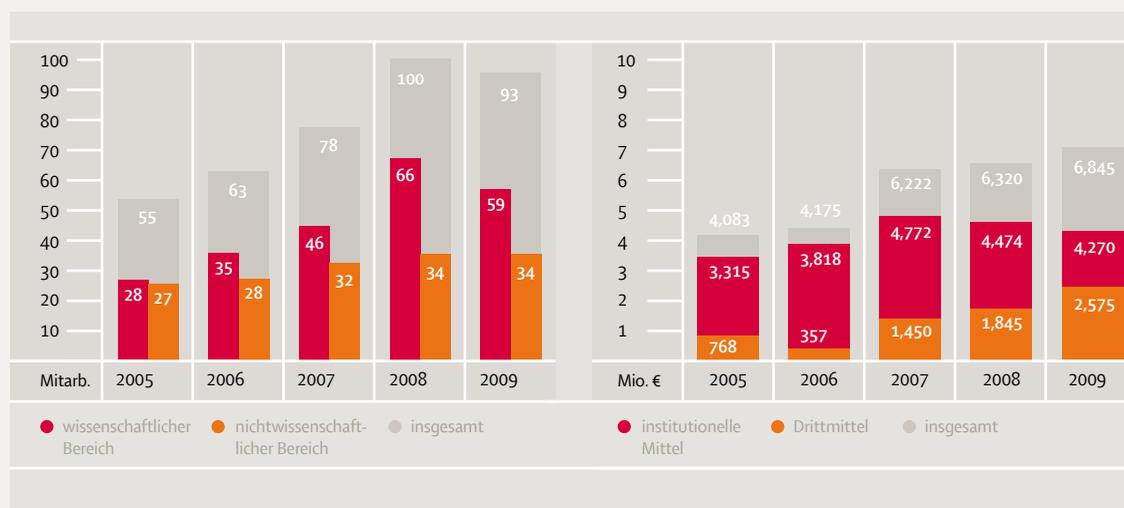
Mehr als nur Verwaltung

Wissenschaftliche Arbeit braucht professionelle Unterstützung. Deshalb wird am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) Dienstleistung groß geschrieben. Das gilt für die personelle, finanzielle und technische Betreuung genauso wie für die Unterstützung bei Reisevorbereitungen oder -abrechnungen. Ein straffes, transparentes und gut aufgestelltes Finanzmanagement sorgt zusätzlich für einen stabilen Unterbau, der mit dem wissenschaftlichen Bereich zusammen strategisch, konzeptionell und kreativ Handlungsspielräume gestaltet. An der Entwicklung des Instituts in den letzten Jahren haben besonders drei nichtwissenschaftliche Bereiche unterstützend mitgewirkt, die zentral für die Arbeit einer Forschungs-, Beratungs- und Ausbildungseinrichtung sind: die Bibliothek und Dokumentation, der wissenschaftliche Fachverlag des DIE sowie die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Der Zuwachs an Drittmitteln hat dazu geführt, dass besonders die öffentliche Präsenz-Bibliothek des Insti-

tuts weiter ausgebaut werden konnte. Ergebnis ist ein fachbezogener, aktueller Bestand an Monographien, Zeitschriften und Datensammlungen, der sich sehen lassen kann und der weiter anwächst. Für exzellente wissenschaftliche Arbeit ist das vernetzte Denken notwendig – auch in der Bibliothek. Durch die intensive und kontinuierliche Zusammenarbeit der Bibliothek im Fachinformationsverbund Internationale Beziehungen, dem neben dem DIE zahlreiche andere Einrichtungen angehören, und die Möglichkeiten der Fernleihe verbessert sich für die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Zugriff auf Fachliteratur um ein Vielfaches. Das Einbringen des überwiegend mit öffentlichen Mitteln geförderten eigenen Bestandes in den Gesamtbestand des Fachinformationsverbundes erweitert zusätzlich die Möglichkeiten anderer Institutionen, auf aktuelle Fachliteratur zurückzugreifen. Damit trägt die Bibliothek des DIE zur Qualitätssteigerung im gesamten Forschungsfeld der Entwicklungszusammen-

Anzahl der Mitarbeiter und finanzielle Entwicklung 2005–2009



Quelle: Eigene Darstellung

arbeit und Entwicklungspolitik bei und erhöht zusätzlich die Sichtbarkeit des Instituts national wie international.

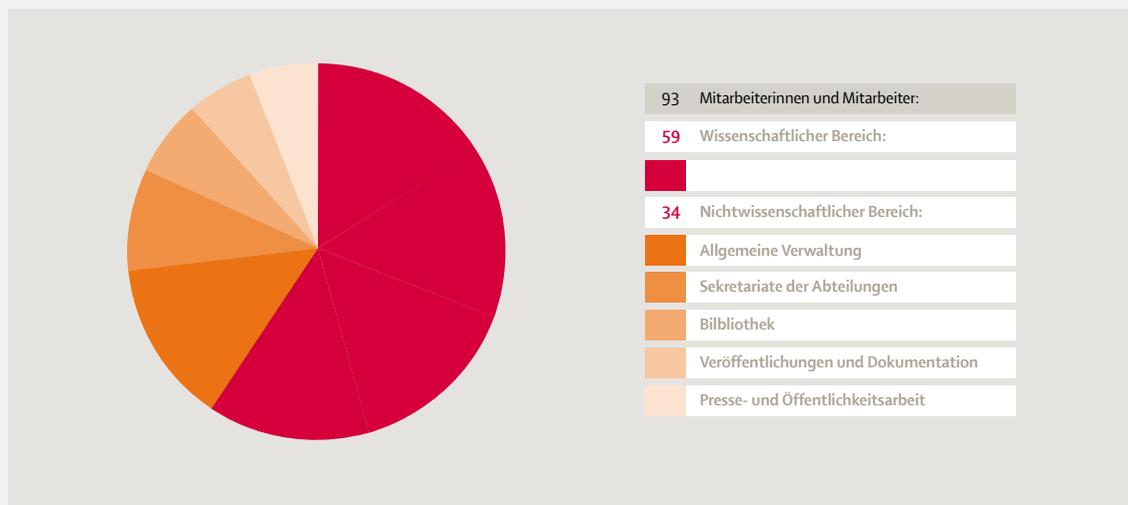
Der wissenschaftliche Fachverlag des Instituts erweiterte durch die Entwicklung des DIE ebenfalls seine Tätigkeit – bei gleichbleibender Personalstärke. Im Vordergrund der Diskussionen standen Qualitätssicherung und die Entwicklung und Festschreibung eindeutiger Standards bei gleichzeitigem Anstieg der Publikations-tätigkeit. In die Diskussion einbezogen wurde der wissenschaftliche Bereich genauso wie das Lektorat und die Sekretariate. Klare Reihenprofile und eine intern wie extern transparente Publikationsstrategie erhöhen das Ansehen des Instituts auch als Fachverlag erheblich.

Wissenschaftliche Arbeit braucht zudem Gehör. Einen nicht unerheblichen Anteil an der stetig anwachsenden Wahrnehmung des DIE in Deutschland sowie in internationalen Zusammenhängen hat der Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Instituts. Mit dem

Ausbau der Homepage des DIE sind heute umfangreiche Informationen über die Arbeit des DIE im Internet verfügbar. Durch die regelmäßige Präsenz in den Medien tragen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dazu bei, dass sich das DIE positioniert und dass entwicklungspolitische Themen in der Öffentlichkeit fundiert diskutiert werden. In einer auf Tagesaktualität ausgerichteten Medienlandschaft braucht es kompetente Akteure, die in Gesamtzusammenhängen und längerfristig denken. So bot das DIE mit dem Ausbruch der Finanzkrise im Herbst 2008 den Medien frühzeitig auch langfristige Expertisen zu den Auswirkungen der Finanzkrise auf Entwicklungs- und Schwellenländer an. Als weiteres Angebot für die Öffentlichkeit und die Medien kommentiert das DIE jeden Montag in „Die aktuelle Kolumne“ die neuesten Themen der internationalen Entwicklungspolitik.

Gabriele Kahnert

Verhältnis wissenschaftlicher und nichtwissenschaftlicher Bereich



Quelle: Eigene Darstellung

Neue Wege
Durchblick
Vielschichtigkeit
Dahinter schauen
Neugier
Überraschung

„Entrance“ von Monica Sosnowska, New York Sculpture Center (2003).









Gemeinsamkeit
Wissenskapital
Urteil Recherche
Balance halten
Ausgewogenheit
Gründlichkeit

Analysen und Stellungnahmen

2010

Faust, Jörg / Christian von Haldenwang:

Integrierte Fiskaldezentralisierung: Neue Formen der Entwicklungszusammenarbeit und ihre Anwendung auf der lokalen Ebene
(Analysen und Stellungnahmen 6/2010)

Ziaja, Sebastian / Javier Fabra Mata:

Was leisten Indizes staatlicher Fragilität?
(Analysen und Stellungnahmen 5/2010)

Loewe, Markus:

Neue Strategien der sozialen Sicherung: der Mikroversicherungsansatz
(Analysen und Stellungnahmen 4/2010)

Neubert, Susanne:

Wirkungsevaluation in der Entwicklungszusammenarbeit:
Herausforderungen, Trends und gute Praxis
(Analysen und Stellungnahmen 3/2010)

Kästner, Antje:

Russland: Begünstigung autoritärer Tendenzen im
postsowjetischen Raum
(Analysen und Stellungnahmen 2/2010)

Bader, Julia:

Eine Regionalmacht in ihrem regionalen Umfeld: Chinas
Einfluss auf die politischen Strukturen seiner Nachbarn
(Analysen und Stellungnahmen 1/2010)

2009

Haldenwang, Christian von / Marianne Alker:

Politikberatung in der Entwicklungszusammenarbeit:
Ein eigener Beratungstyp
(Analysen und Stellungnahmen 15/2009)

Müller, Claudia:

Gleichstellung fördert Entwicklung – zum Gender Action Plan
der Weltbank
(Analysen und Stellungnahmen 14/2009)

Grimm, Sven / Silke Weinlich:

Die Entwicklungszusammenarbeit der EU und der UN:
wofür sollte sich Deutschland einsetzen?
(Analysen und Stellungnahmen 13/2009)

Haldenwang, Christian von / Philipp Krause:

Sollen wir in der Entwicklungspolitik mit Ländern zusammen-
arbeiten, die eine notorisch niedrige Steuerquote aufweisen?
(Analysen und Stellungnahmen 12/2009)

Grimm, Sven:

Die Neuorganisation der EU-Außenbeziehungen: welche
Rolle für die Entwicklungspolitik im Institutionengefüge?
(Analysen und Stellungnahmen 11/2009)

Leiderer, Stefan:

Budgethilfe in der Entwicklungszusammenarbeit –
weder Teufelszeug noch Allheilmittel
(Analysen und Stellungnahmen 10/2009)

Ashoff, Guido:

Institutioneller Reformbedarf in der bilateralen staatlichen
deutschen Entwicklungszusammenarbeit
(Analysen und Stellungnahmen 8/2009)

Faust, Jörg / Christian von Haldenwang:

Integrierte Fiskaldezentralisierung: Neue Formen der
Entwicklungszusammenarbeit und ihre Anwendung auf
der lokalen Ebene
(Analysen und Stellungnahmen 6/2010)

**Gänzle, Stefan / Sven Grimm / Christine Hackenesch /
Davina Makhan:**

Die Europawahlen 2009: Welche Rolle hat das Europäische
Parlament in der Entwicklungszusammenarbeit?
(Analysen und Stellungnahmen 5/2009)

Grävingsholt, Jörn:

Vom Zielkonflikt zur Konvergenz: Peacebuilding,
Statebuilding und der neue Konsens der
Gebergemeinschaft
(Analysen und Stellungnahmen 4/2009)

Horstmann, Britta / Stefan Leiderer / Imme Scholz:

Finanzierung von Anpassung an den Klimawandel durch
Budgetfinanzierung
(Analysen und Stellungnahmen 2/2009)

Grävingsholt, Jörn / Julia Leininger / Oliver Schlumberger:

Demokratieförderung: Kein Ende der Geschichte
(Analysen und Stellungnahmen 1/2009)

Briefing Paper

2010

Lundsgaarde, Erik:

African Developments: Traditional Bilateral Donors at a Crossroads
(Briefing Paper 13/2010)

Faust, Jörg / Christian von Haldenwang:

Integrated fiscal decentralisation: taking new aid modalities to the local level
(Briefing Paper 12/2010)

Brandi, Clara:

International trade and climate change: border adjustment measures and developing countries
(Briefing Paper 11/2010)

Ziaja, Sebastian:

State fragility indices: potentials, messages and limitations
(Briefing Paper 10/2010)

Leiderer, Stefan:

Budget support as an aid instrument – neither Pandemonium nor Panacea
(Briefing Paper 9/2010)

Loewe, Markus:

New approaches to social protection: microinsurance
(Briefing Paper 8/2010)

Gänzle, Stefan / Benedikt Franke:

African Development: Continental Conflict Management – a glass half full or half empty?
(Briefing Paper 7/2010)

Brüntrup, Michael / Petra Voionmaa:

Aid for Trade: an opportunity for re-thinking German aid for growth
(Briefing Paper 6/2010)

John de Sousa, Sarah-Lea:

Brazil as an emerging actor in international development cooperation: a good partner for European donors?
(Briefing Paper 5/2010)

Grimm, Sven / George Katito:

African developments: continental integration in Africa - AU, NEPAD and the APRM
(Briefing Paper 4/2010)

Faust, Jörg / Christian Wagner:

India: A New Partner in Democracy Promotion?
(Briefing Paper 3/2010)

Kästner, Antje:

Russia: supporting non-democratic tendencies in the post-soviet space?
(Briefing Paper 2/2010)

Bader, Julia:

Emerging powers in their regions: China's impact on its neighbours' political systems
(Briefing Paper 1/2010)

2009

Haldenwang, Christian von/ Marianne Alker:

Policy Advice in Development Cooperation: A Distinct Type of Policy Advice
(Briefing Paper 15/2009)

Müller, Claudia:

Gender equality promotes development: the World Bank's gender action plan
(Briefing Paper 14/2009)

Grimm, Sven / Silke Weinlich:

EU and UN Development Cooperation: what should Germany work for?
(Briefing Paper 13/2009)

Haldenwang, Christian von / Philipp Krause:

Should we engage in development cooperation with countries that have a notoriously low tax ratio?
(Briefing Paper 12/2009)

Grimm, Sven:

The reorganisation of EU foreign relations: What role for development policies within the European institutional setup?
(Briefing Paper 11/2009)

Gänzle, Stefan:

A Better Link Between Security and Development in the European Union? The European Community's Instrument for Stability (IFS)
(Briefing Paper 9/2009)

Ashoff, Guido:

Institutional Reform Needs of Germany's Bilateral Development Cooperation
(Briefing Paper 8/2009)

Fischer, Doris:

China's policies for overcoming the crisis: old reflexes or strategy for a new reform miracle
(Briefing Paper 7/2009)

Messner, Dirk / Enrique Saravia / Elisabeth Sidiropoulos / Yizhou Wang:

Globalisation at the crossroad: an "International Panel on Systemic Risks in the Global Economy" is needed
(Briefing Paper 6/2009)

Gänzle, Stefan / Sven Grimm / Christine Hackenesch / Davina Makhan:

'Elections 2009': what role does global development policy play in the European Parliament?
(Briefing Paper 5/2009)

Grävingsholt, Jörn / Stefan Gänzle / Sebastian Ziaja:

The convergence of peacebuilding and state building: addressing a common purpose from different perspectives
(Briefing Paper 4/2009)

Katti, Vijaya / Tatjana Chahoud / Atul Kaushik:

India's development cooperation - opportunities and challenges for international development cooperation
(Briefing Paper 3/2009)

Horstmann, Britta / Stefan Leiderer / Imme Scholz:

Financing adaptation to climate change through budget support
(Briefing Paper 2/2009)

Grävingsholt, Jörn / Julia Leininger / Oliver Schlumberger:

The three Cs of democracy promotion policy: context, consistency and credibility
(Briefing Paper 1/2009)

Discussion Paper

2010

Bucar, Maja:

Science and technology for development: coherence of the common EU R&D policy with development policy objectives (Discussion Paper 19/2010)

Horký, Ondřej:

The Europeanisation of development policy: acceptance, accommodation and resistance of the Czech Republic (Discussion Paper 18/2010)

Brandi, Clara / Christine Ladenburger / Anna Pegels:

Intellectual property rights as a challenge to providing global public goods: the case of health care, food security and climate stability (Discussion Paper 17/2010)

Kubny, Julia / Hinrich Voss:

The impact of Chinese outward investment: evidence from Cambodia and Vietnam (Discussion Paper 16/2010)

Furness, Mark:

The European External Action Service: a new institutional framework for EU development cooperation (Discussion Paper 15/2010)

Da Costa, Agnes M.:

Sustainable dam development in Brazil: between global norms and local practices (Discussion Paper 14/2010)

McKay, Julie / Ulrich Volz / Regine Wölfinger:

Regional financing arrangements and the stability of the international monetary system (Discussion Paper 13/2010)

Steffen Erdle:

The DESERTEC initiative powering the development perspectives of Southern Mediterranean countries? (Discussion Paper 12/2010)

Oliver Stuenkel:

Responding to global development challenges: views from Brazil and India (Discussion Paper 11/2010)

Choudhury, Nirmalya:

Sustainable dam development in India between global norms and local practices (Discussion Paper 10/2010)

Bruckner, Martin / Christine Polzin / Stefan Giljum:

Counting CO₂ emissions in a globalised world: producer versus consumer-oriented methods for CO₂ accounting (Discussion Paper 9/2010)

Draper, Peter / Sheila Kiratu / Cézanne Samuel:

The role of South African FDI in Southern Africa (Discussion Paper 8/2010)

Stürmer, Martin:

Let the good times roll? Raising tax revenues from the extractive sector in sub-Saharan Africa during the commodity price boom (Discussion Paper 7/2010)

Gavas, Mikaela / Deborah Johnson / Simon Maxwell:

Consolidation or cooperation: the future of EU development cooperation (Discussion Paper 6/2010)

Rosendahl, Christina:

Industrial policy in Namibia (Discussion Paper 5/2010)

Hensengerth, Oliver:

Sustainable dam development in China between global norms and local practices (Discussion Paper 4/2010)

Elke Herrfahrdt-Pähle:

Introducing Catchment Management: The case of South Africa (Discussion Paper 3/2010)

Tilman Altenburg:

Industrial policy in Ethiopia (Discussion Paper 2/2010)

Berensmann, Kathrin:

How to prevent and resolve debt crises in LICs?
(Discussion Paper 1/2010)

2009

Meyer-Ohlendorf, Lutz:

Climate change, vulnerability, and adaptation in Sub-Saharan African cities: new challenges for development policy
(Discussion Paper 25/2009)

Rodenberg, Birte:

Climate change adaptation from a gender perspective : a cross-cutting analysis of development-policy instruments
(Discussion Paper 24/2009)

Pegels, Anna:

Prospects for renewable energy in South Africa : mobilizing the private sector
(Discussion Paper 23/2009)

Krause, Philipp:

A leaner, meaner guardian? A qualitative comparative analysis of executive control over public spending
(Discussion Paper 22/2009)

Rodenberg, Birte:

Anpassung an den Klimawandel aus Geschlechterperspektive: eine Querschnittsanalyse entwicklungs- und klimapolitischer Instrumente
(Discussion Paper 21/2009)

Stamm, Andreas / Eva Dantas / Doris Fischer / Sunayana Ganguly / Britta Rennkamp:

Sustainability-oriented innovation systems: towards decoupling economic growth from environmental pressures?
(Discussion Paper 20/2009)

Grimm, Sven / Nils-Sjard Schulz with Ondřej Horký:

International division of labour – Towards a criteria-led process?
(Discussion Paper 19/2009)

Das, Ram Upendra:

Regional Trade-FDI-Poverty alleviation linkages: some analytical and empirical explorations
(Discussion Paper 18/2009)

Schorlemmer, Priska:

Herkunft der ODA-Mittel, der Einzelplan 23 und das BMZ – eine Analyse der deutschen Entwicklungsfinanzierung
(Discussion Paper 17/2009)

Hackenesch, Christine:

China and the EU's engagement in Africa: setting the stage for cooperation, competition or conflict?
(Discussion Paper 16/2009)

Hans Singer's legacy: the problem of commodity exporters revisited:

Hans Singer Memorial Lecture on Global Development 2009; conference proceedings
(Discussion Paper 15/2009)

Loewe, Markus:

Deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Ägypten: eine Analyse aus der Ankerlandperspektive
(Discussion Paper 14/2009)

Zimmermann, Roukayatou:

NEPAD initiatives and their repercussions on agricultural policy in Sub-Saharan Africa
(Discussion Paper 13/2009)

Jaramillo, Miguel:

Is there demand for formality among informal firms: evidence from microfirms in downtown Lima
(Discussion Paper 12/2009)

Kumar, Rajiv:

SAARC : changing realities, opportunities and challenges
(Discussion Paper 11/2009)

Öztürk, Asiye:

The domestic context of Turkey's changing foreign policy towards the Middle East and the Caspian Region
(Discussion Paper 10/2009)

Harris, Dan / Mick Moore / Hubert Schmitz:

Changing classifications for a changing world
(Discussion Paper 9/2009)

Willenbockel, Dirk:

Global energy and environmental scenarios
(Discussion Paper 8/2009)

Bath, Ganapati:

Transfer pricing, tax havens and global governance
(Discussion Paper 7/2009)

Leininger, Julia:

Think big! Future prospects of the international summit
architecture – the G20, G8, G5, and the Heiligendamm
Dialogue Process
(Discussion Paper 6/2009)

Öztürk, Asiye:

Der innenpolitische Kontext des außenpolitischen
Wandels der Türkei
(Discussion Paper 5/2009)

Schmidt, Lars:

REDD from an integrated perspective: considering
overall climate change mitigation, biodiversity
conservation and equity issues
(Discussion Paper 4/2009)

Müller, Christoph:

Climate Change Impact on Sub-Saharan Africa?
Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)
(Discussion Paper 3/2009)

Leininger, Julia:

Think big! Zukunftsperspektiven der internationalen
Gipfelarchitektur – die G20, G8, G5 und der Heiligendamm-
Dialogprozess
(Discussion Paper 2/2009)

Fröhlich, Katrin / Bernd Lämmlin:

Kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland
(Discussion Paper 1/2009)

Studies

2010

Grimm, Sven et al.:

Challenges to the aid architecture in Rwanda: coordinating DAC and Non-DAC development partners (Studies 56)

Weinlich, Silke:

Die Reform der Entwicklungszusammenarbeit der Vereinten Nationen: Eine Analyse des Verhaltens und der Positionierung wichtiger Staaten gegenüber Reformoptionen (Studies 55)

Ifejika Speranza, Chinwe:

Resilient adaptation to climate change in African agriculture (Studies 54)

Krause, Matthias et al.:

Formalisation and Business Development in Mozambique: How important are regulations? (Studies 53)

2009

Voionmaa, Petra / Michael Brüntrup:

German aid for trade : past experience, lessons learnt, and the way forward (Studies 52)

Wiemann, Jürgen / Verena Ashoff / Melanie Grad / Anna Katharina Meyer / Stefanie Ruff / Thomas Staiger:

Laos on its way to WTO membership : challenges and opportunities for developing high-value agricultural exports (Studies 51)

Makhan, Davina:

Linking EU trade and development policies : lessons from the ACP-EU trade negotiations on economic partnership agreements (Studies 50)

Jenkins, Rhys / Enrique Dussel Peters (Hrsg.):

China and Latin America : economic relations in the twenty-first century (Studies 49)

Zimmermann, Roukayatou / Michael Brüntrup / Shashidhara Kolavalli / Kathleen Flaherty:

Agricultural policies in Sub-Saharan Africa: understanding CAADP and APRM policy processes (Studies 48)

Gänzle, Stefan:

Coping with the 'Security-Development Nexus': The European Community's instrument for stability – rationale and potential (Studies 47)

Richerzhagen, Carmen / Tabea von Frieling / Nils Hansen / Anja Minnaert / Nina Netzer / Jonas Rufßbild:

中国建筑节能：政策，障碍和机遇 (Studies 46)

Grimm, Sven / Kristin Nawrath / Robert Roth / Simon Triebel / Britta Utz:

The African Peer Review Mechanism (APRM) as a tool to improve governance? (Studies 45)

Haldenwang, Christian von / Elke Büsing / Katharina Földi / Tabea Goldboom / Ferdinand Jenrich / Jens Pulkowski:

Administración tributaria municipal en el contexto del proceso de descentralización en el Perú (Studies 44)

Altenburg, Tilman / Hildegard Dietz / Matthias Hahl / Nikos Nikolidakis / Christina Rosendahl / Kathrin Seelige:

Biodiesel in India: value chain organisation and policy options for rural development (Studies 43)

Sonstige Buchveröffentlichungen und Sonderhefte

Kumar, Ashwani / Dirk Messner (Hrsg.):

Power shifts and global governance: challenges from South and North
London: Anthem Press
ISBN: 978-1-84331-831-6 (geb. Ausgabe)
ISBN: 978-1-84331-834-7 (Taschenbuch, erscheint 2011)

Volz, Ulrich / Aldo Caliarì (Hrsg.):

Regional and Global Liquidity Arrangements
E-Publication, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, 2010

Fues, Thomas / Peter Wolff (Hrsg.):

G20 and global development: how can the new summit architecture promote pro-poor growth and sustainability?
E-Publication, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, 2010

Messner, Dirk / Nay Htun / Devinder Mahajan / Shuzo

Nishioka / Xuliang Zhang (Hrsg.):
Energy pathways to a low carbon society
Journal of Renewable and Sustainable Energy, Special Issue, 2 (3), 2010

Bauer, Steffen / Imme Scholz (Hrsg.):

Adaptation to climate change in Southern Africa: new boundaries for development
Climate and Development, Special Issue, 2 (2), 2010

Faust, Jörg / Susanne Neubert (Hrsg.):

Wirksamere Entwicklungspolitik
Befunde, Reformen, Instrumente
(Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik 8),
Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2010
ISBN: 978-3-8329-5587-8

Loewe, Markus:

Soziale Sicherung in den arabischen Ländern
Determinanten, Defizite und Strategien für den informellen Sektor
(Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik 7),
Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2010
ISBN: 978-3-8329-5586-1

Richerzhagen, Carmen:

Protecting Biological Diversity
The Effectiveness of Access and Benefit-sharing Regimes
London: Routledge, 2010
ISBN: 978-0-415-87224-9

Volz, Ulrich:

Prospects for monetary cooperation and integration in East Asia
Cambridge, MA: MIT Pr., 2010
ISBN-10: 0-262-01399-1
ISBN-13: 978-0-262-01399-4

Fabra Mata, Javier / Sebastian Ziaja:

Users' guide on measuring fragility
German Development Institute / Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), 2009
United Nation Development Programme (UNDP)

Hamada, Koichi / Beate Reszat / Ulrich Volz (Hrsg.):

Towards monetary and financial integration in East Asia
Cheltenham: Edward Elgar, 2009
ISBN: 978-1-84844-363-1

Krause, Matthias:

The Political Economy of Water and Sanitation
London: Routledge, 2009
ISBN: 978-0-415-99489-7

Loewe, Markus:

Soziale Sicherung, informeller Sektor und das Potenzial von Kleinstversicherungen
(Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik 4),
Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2009
ISBN: 978-3-8329-4017-1

Deutsches Institut für Entwicklungspolitik

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Matthias Ruchser
Marie-Luise Philippsenburg

Mairot Siemssen

Geschäftsführung

Direktor
Prof. Dr. Dirk Messner

Stellv. Direktorin
Dr. Imme Scholz

Sekretariat
Elke Brüninghaus

Nichtwissenschaftlicher Bereich

Gabriele Kahneit
Allg. Verwaltung
Ulrike Biederbeck
Heiko Doerschel
Inge Friedrich
Paul Gross
Rebekka Hentschel
Vitaliy Isaakov
Alexander Knabe
Sergij Lehmacher
Patrycja Schubert
Edith Schwarz
Daniel Sessink
Boris Ueding
Bernd Weingartz

Bibliothek

Renate Scholten
Andrea Nepicks
Petra Vogel
Dokumentation
Heike Großer
Mairot Siemssen

Veröffentlichungen

Renate Bugdoll
Andrea Nepicks

Abteilung Bi- und multilaterale Entwicklungspolitik

Dr. Guido Ashoff
Dr. Mark Furness
Dr. Sven Grimm
Christine Hackenesh
Stefan Leiderer
Dr. Erik Lundsgaarde
Davina Makhan
Silke Weinlich

Geschäftsstelle

Projekt-Koordination:
Gertrud Frankenreiter
Sekretariat:
Fatia Elsermann

Abteilung Wettbewerbsfähigkeit und soziale Entwicklung

Dr. Tilman Altenburg
Dr. Michael Brüntrup
Dr. Doris Fischer
Sunayana Ganguly
Esther Gehrike
Dr. Aimée Hampel-Wilagrosa
Raoul Herrmann
Lidija Knuth
Dr. Markus Loewe
Dr. Anna Pegels
Prof. Dr. Elke W. Schamp
Dr. Andreas Stamm

Dr. Matthias Krause
(beauftragt)

Geschäftsstelle

Projekt-Koordination:
Thomas M. Kuklok
Sekretariat:
Ina Klemke

Abteilung Governance, Staatlichkeit, Sicherheit

Dr. Jörg Faust
Julia Bader
Dr. Maria Melody Garcia
Dr. Jörn Gravingholt
Dr. Christian von Haldenwang
Ha Hoang
Julia Leininger
Johannes Schmitt
Sebastian Zizja

Dr. Stephan Klingebiel
(beauftragt)

Geschäftsstelle

Projekt-Koordination:
Gertrud Frankenreiter
Sekretariat:
Gisela Kuhlmann

Abteilung Umweltpolitik und Ressourcenmanagement

Dr. Ines Dombrowsky
Dr. Steffen Bauer
Britta Horstmann
Dr. Elke Herrfardt-Pähle
Dr. Chinwe Ifejiika Speranza
Marcus Kaplan
Dr. Carmen Richerzhagen
Isabel van de Sand
Dr. Waiina Scheumann
Dr. Fanborz Zelli

Dr. Susanne Neubert
(beauftragt)

Geschäftsstelle

Projekt-Koordination:
Anette Köhler-Rahm
Sekretariat:
Ina Gampfer

Abteilung Weltwirtschaft und Entwicklungsförderung

Dr. Peter Wolff
Dr. Kathrin Berensmann
Dr. Clara Brandt
Dr. Tatjana Chahoud
Florence Dafe
Christian von Drachenfels
Julia Kubny
Dr. Ulrich Volz

Dr. Jürgen Wiemann
Dr. Klaus Liebig
(beauftragt)

Geschäftsstelle

Projekt-Koordination:
Anette Köhler-Rahm
Sekretariat:
Christa Ottersbach

Abteilung Ausbildung

Dr. Thomas Fues
Axel Berger
Jeanne Lätt
Dr. Regine Mehl

Bettina Beer
(beauftragt)

Nachkontakte:
Dr. Regine Mehl
Ina Gampfer

Geschäftsstelle

Melanie Nohroudi
Elke Brüninghaus
Sekretariat:
Sabine Middecke

Arbeitsgruppe Global governance und Entwicklungspolitik

Prof. Dr. Dirk Messner
Dr. Tilman Altenburg

Dr. Steffen Bauer
Dr. Kathrin Berensmann
Dr. Tatjana Chahoud
Dr. Jörg Faust
Dr. Thomas Fues
Dr. Imme Scholz
Dr. Andreas Stamm

Arbeitsgruppe Entwicklungs- zusammenarbeit mit Afrika

Dr. Sven Grimm
Dr. Steffen Bauer
Dr. Michael Brüntrup
Christian von Drachenfels
Christine Hackenesh
Raoul Herrmann
Stefan Leiderer
Davina Makhan
Dr. Peter Wolff

Julia Leininger
Clara Brandt
Florence Dafe
Britta Horstmann
Dr. Chinwe Ifejiika Speranza
Dr. Erik Lundsgaarde
Dr. Waiina Scheumann

Regionalexpertise

Subsahara-Afrika
Dr. Sven Grimm / Julia Leininger

Nahost, Nordafrika
Dr. Markus Loewe

Lateinamerika
Dr. Christian von Haldenwang

Asien
Dr. Doris Fischer

Mittel- und Osteuropa, ehem. SU
Dr. Jörn Gravingholt

Impressum

Herausgeber

Deutsches Institut für Entwicklungspolitik gGmbH (DIE)
Tulpenfeld 6
53113 Bonn
Deutschland

Telefon: +49 (0)228-94927-0
Telefax: +49 (0)228-94927-130
E-Mail: DIE@die-gdi.de
Internet: www.die-gdi.de

Redaktion

Matthias Ruchser
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Bildnachweise

Seiten 13, 26, 36, 51 und 66: Picture Alliance
Seite 58: Foto: Italo Morales
Seite 63: New York Sculpture Center (2003)
Seiten 64–65: Doreen Kuehr

Gestaltung

weissbunt, design und kontext, Berlin

Redaktionsschluss

November 2010

Copyright

© Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, 2010

ISBN 978-3-88985-513-8

ISSN 2190-2224

Kuratorium

Gudrun Kopp, MdB (Vorsitzende des Kuratoriums)

Parlamentarische Staatssekretärin, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Berlin (ab April 2010)

Alexander Baum

Leiter der Stabsstelle „Institutionelle Beziehungen und Zivilgesellschaft“, Generaldirektion Entwicklung der Europäischen Kommission, Brüssel (ab Februar 2009)

Peter Croll

Geschäftsführer, Bonn International Center for Conversion (BICC) GmbH (ab Februar 2009)

MD Viktor Elbling

Abteilungsleiter „Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung“, Auswärtiges Amt, Berlin (ab Oktober 2010)

LMR Peter Franke

Gruppenleiter, Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf (ab Februar 2009)

Prof. Dr. Doris Fuchs

Westfälische Wilhelms-Universität Münster (ab Februar 2009)

Prof. Dr. Ulrich Hiemenz

Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF), Bonn

MD Dr. Herbert Jakoby

Abteilungsleiter „Europa, internationale Angelegenheiten und Medien“, Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf (ab Oktober 2010)

Wolfgang Kroh

Vorstandsmitglied a.D., KfW Bankengruppe, Frankfurt / Main

Prof. Dr. Wilhelm Löwenstein

Geschäftsführender Direktor, Institut für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik (IEE), Bochum (ab Februar 2009)

Dr. Wolfgang Lutterbach

Bundesvorstand, Deutscher Gewerkschaftsbund, Berlin

Cornelia Richter

Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), Eschborn

Dr. Claudia Warning

Mitglied des Vorstands, Evangelischer Entwicklungsdienst (EED), Bonn

MR'in Margitta Wülker-Mirbach

Leiterin des Referats „Entwicklungspolitik, Vereinte Nationen, UNCTAD“, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Berlin (ab Februar 2009)

Ausgeschieden:

Karin Kortmann (Vorsitzende des Kuratoriums)

Parlamentarische Staatssekretärin, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Berlin (bis April 2010)

Natalia Fedossenko

Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (bis Oktober 2010)

Rüdiger Freiherr von Fritsch-Seerhausen

Auswärtiges Amt, Berlin (bis Oktober 2010)

Winfried Mengelkamp

Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (bis November 2009)

Hanns-Eberhard Schleyer

Generalsekretär a.D., Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH), Berlin (bis Oktober 2010)

Brücken bauen zwischen
Theorie und Praxis

**Building bridges between
research and practice**